

PETER VON OERTZEN

DIE GROSSEN STREIKS DER RUHRBERGARBEITERSCHAFT
IM FRÜHJAHR 1919

Ein Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik.

Helmut Plessner zum 65. Geburtstag gewidmet.

Vorbemerkung des Herausgebers: Die hier folgende Abhandlung ist der Frage gewidmet, ob in der Entstehungsphase der Weimarer Republik nicht nur theoretisch, sondern praktisch-empirisch eine andere sozialistische Möglichkeit bestanden habe als die Alternative: Kompromiß mit den bürgerlichen und konservativen gesellschaftlichen Kräften oder rote Diktatur. Die Antwort sucht der Verf. zu geben in einer konkreten, quellenmäßig breit fundierten und aufschlußreichen Untersuchung der Bergarbeiter-Bewegung vom Frühjahr 1919. Das positive Ergebnis, zu dem er von diesem Teilbereich aus gelangt, ist zweifellos von erheblichem Interesse. Ob daraus und aus den allgemeineren Erwägungen zur Geschichte des sozialistischen Bruderkampfes in den Jahren danach und bis 1933 hin der Schluß sich rechtfertigen läßt, daß mit der versäumten sozialen Revolution von 1919 das Schicksal der Weimarer Republik im Grunde besiegelt gewesen sei, ist eine andere Frage. Es lassen sich gegen diese Auffassung wie gegen jede monokausale Herleitung wesentliche Bedenken geltend machen. Und wenn der Verf. an Stelle einer zugegebenermaßen zur Konvention gewordenen Alternative die „offene Situation“ von 1919 betont, so gilt dieses sein Argument offenbar auch für manche spätere Weichenstellung. Er selbst ist sich bewußt, nur ein Stück des verhängnisvollen Weges innerhalb eines breiten nationalen und internationalen Kraftfeldes erhellen zu können. Aber unstreitig kommt hier eine Ansicht zu Worte und wird forschungsmäßig unterbaut, die in der Diskussion nicht fehlen sollte und die mindestens eine starke Reizwirkung haben dürfte. H. R.

I

Alle Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik steht – wie K. D. Erdmann mit Recht betont hat – unter der Frage nach den Ursachen ihres Zusammenbruches¹. Unter dem Gesichtspunkt dieser Frage ergeben sich verschiedene besonders wichtig erscheinende Themen. Eines von ihnen, die revolutionäre Entstehungsphase der Republik, soll hier näher beleuchtet werden. Diese Phase steht im Mittelpunkt des Buches von Arthur Rosenberg², mit dem auch nach Erdmanns Ansicht die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Geschichte von 1918 bis 1933 beginnt³.

¹ Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 5.

² Geschichte der Deutschen Republik, Karlsbad, 1935. Da in der Neuauflage durch Kurt Kesten, Frankfurt, 1955, mancherlei willkürliche Kürzungen vorgenommen worden sind, wird nach der Erstauflage zitiert.

³ Erdmann, a. a. O.

Rosenbergs These ist, daß die sozialdemokratische Politik es während der Revolution versäumt habe, feste Grundlagen für eine wirkliche Demokratie zu schaffen. Die im November 1918 an die Macht gekommene demokratische Bewegung hätte die sozialen und politischen Positionen der bisher herrschenden und der Demokratie feindlichen Kräfte im Heer, im Staatsapparat und in der Wirtschaft zerstören und eine „neue volkstümliche Demokratie“ aufrichten müssen. Die Ansatzpunkte zu „einer lebendigen Demokratie, einer ernsthaften Selbstregierung der Volksmassen“, wie sie Rosenberg in der Rätebewegung sieht, hätte die sozialdemokratische Führung weiterentwickeln sollen, anstatt sie zu unterdrücken⁴. Auf Grund dieser Versäumnisse sei die junge Republik von der Stunde ihrer Geburt an krank gewesen⁵.

Der Rosenbergschen These fehlt es nicht an eindrucksvoller Kraft, und die historische Forschung sollte sich mit ihr gründlicher auseinandersetzen, als das bisher geschehen ist. So betont Erdmann, gegen Rosenberg gewandt, wohl, daß die Republik auf Grund des Fehlschlagens der sozialen Revolution als ein sozialistisch-konservatives Zweckbündnis ins Leben getreten sei⁶. Das ist zwar richtig, aber dahinter steht die Frage: Ist eine demokratische Verfassung überhaupt lebensfähig, wenn sie auf dem Zwangsbündnis vollkommen gegensätzlicher gesellschaftlicher Kräfte beruht, wie es die Weimarer Republik tat? Und diese Frage umgeht Erdmann.

Über die wichtige Rolle, die Heer, Bürokratie und Industrie bei der Auflösung und dem Untergang der Republik gespielt haben, besteht kaum ein Zweifel⁷. Und es ist offensichtlich, daß die Voraussetzungen für diese Rolle zu einem erheblichen Teil bereits in der revolutionären Entstehungsphase der Republik geschaffen worden sind.

Von großer Bedeutung für das Schicksal des Weimarer Staates sind auch die unvollkommene gesellschaftliche Integration der sozialistischen Arbeiterschaft und ihre politische Spaltung gewesen. Die absolute Staatsverneinung der radikalen Linken blockierte das demokratisch-parlamentarische System; die an sich loyale Mitarbeit der Sozialdemokraten wurde durch den fortdauernden Klassenkampf durchkreuzt; und in allen Krisen der Republik lähmte der sozialistische Bruderkampf die Verteidigung der Demokratie⁸. Sowohl die Spaltung als auch die unvollkommene Integration der sozialistischen Arbeiterschaft wurzelten aber ebenfalls in dem 1918 und 1919 geschaffenen Zustand.

⁴ A. a. O., S. 74, 23. Im übrigen vgl. die Kapitel 2–4 des Buches, S. 35 ff.

⁵ In seinem Buch: *Demokratie und Sozialismus*, Amsterdam, 1938, hat Rosenberg seine Grundanschauung weiter ausgeführt. Zu unserer Frage vgl. S. 316 ff., insbesondere die Polemik (S. 337) gegen die Auffassung der Demokratie als „formale Abstraktion“.

⁶ A. a. O., S. 71., 16.

⁷ Vgl. hierzu G. W. F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie*, Frankfurt, 1955, und L. P. Lochner, *Die Mächtigen und der Tyrann*, Darmstadt, 1955, sowie die eingehende Besprechung beider Bücher durch Th. Vogelsang in *Neue Politische Literatur*, 1. Jg./1956, Heft 6, S. 415–424. Speziell zur Heeresfrage vgl. Hans Herzfelds ausführlichen Literaturbericht in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 361–386, bes. 375 ff.

⁸ Vgl. Erdmann, a. a. O., S. 17/18; W. Conze, *Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30*, H. Z. 178/1, S. 47–83; E. Matthias, *Der Untergang der alten Sozialdemokratie 1933*, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 250–286, bes. 261 ff.

Diese Wurzeln an einer Stelle freizulegen, ist die Absicht der folgenden Studie. Sie wird sich ausschließlich mit einer bestimmten Seite des Sozialisierungsproblems befassen. Ihr Ergebnis wird begrenzt und, aufs Ganze gesehen, vorläufig sein müssen, denn jeder Versuch, die offenen Fragen der Revolutionsgeschichte von einem einzigen Punkt her aufzurollen, bleibt mit Notwendigkeit Stückwerk. Hinzu tritt die Tatsache, daß über so wichtige Probleme wie die Wehrpolitik in der Revolution oder die Versuche, zu einer demokratischen Verwaltungsreform zu gelangen, bis heute noch keine ausreichenden Untersuchungen vorliegen. Auch die Erforschung der Rätebewegung und ihrer Bedeutung steht erst in den Anfängen⁹.

Die Frage der Sozialisierung hat freilich – neben dem Problem der bewaffneten Macht – eine außerordentliche Bedeutung gehabt und die Haltung der Arbeiterschaft gegenüber der demokratischen Republik wesentlich beeinflußt. Auf welche Weise und wieweit sie es getan hat, gilt es zu untersuchen. In diesem Zusammenhang erhebt sich dann die äußerst heikle, aber unausweichliche Frage: Was wäre geschehen, wenn . . ., – also die Frage, ob die sozialdemokratische Politik gegenüber den Sozialisierungsbestrebungen der Arbeiterschaft sachlich begründet und notwendig gewesen ist oder nicht. Kann diese Frage beantwortet und können die Auswirkungen, die das Scheitern der Sozialisierung auf die Arbeiterschaft gehabt hat, abgemessen werden, dann ist damit auch die Diskussion über die Rosenbergsche These einen Schritt weitergekommen.

Eine Frage wie die hier formulierte ist freilich nur sinnvoll, wenn die Entstehungsphase der Republik als eine echte Entscheidungssituation begriffen werden kann, in der die fraglichen Wege wirklich offenstanden. Ob das der Fall war, muß geprüft werden. Man darf aber nicht ohne weiteres die gängige Auffassung in dieser Frage übernehmen und apodiktisch erklären, daß es 1918/19 zwischen Roter Armee und einer Reichswehr unter Führung des alten Offizierskorps, zwischen der proletarischen Diktatur und einer im Bündnis mit konservativen Kräften aufgebauten Demokratie realiter keine dritte Möglichkeit gegeben habe¹⁰. Damit verbaut man den Weg zu der von Rosenberg angebahnten Analyse der „Zwischenperiode“¹¹, in der jene Alternativen noch nicht zwingend geworden waren. Nicht seinen Ansatz a limine abzuweisen, sondern seine Untersuchungen genau zu prüfen und sie gegebenenfalls zu vertiefen, zu ergänzen oder zu konkretisieren, ist die gestellte Aufgabe.

II

Das Sozialisierungsproblem jener Jahre darf dabei freilich nicht auf den Bereich bloß instrumentaler technisch-ökonomischer Eingriffe in die bestehende Wirt-

⁹ Vgl. dazu insbes. W. Tormin, *Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie*, Düsseldorf, 1954; vgl. ferner den wichtigen kritischen Literaturbericht zur Geschichte der Weimarer Republik von E. Matthias, *Neue Gesellschaft*, 3. Jg., Heft 4, S. 312–320. Auch die Historiker der DDR sind in den letzten Jahren darangegangen, sich mit der Rätebewegung zu beschäftigen. Vgl. *Z. f. Gesch. Wiss.*, Jg. IV, Hefte 3, 4 und 5, und Jg. V, Heft 2.

¹⁰ So Erdmann, a. a. O., S. 7.

¹¹ Matthias, a. a. O., S. 312 ff. Dort auch eine durchschlagende Widerlegung der Erdmannschen Polemik gegen Rosenberg.

schaftsordnung eingeschränkt werden. In diesem engeren Sinne ist es zwar von einem Teil der Wirtschaftspolitiker und -theoretiker der Zeit verstanden worden, aber jene begrenzte Auffassung traf nicht die Vorstellungen und Beweggründe, von denen die Arbeitermassen geleitet wurden, die im Jahre 1919 und später die Sozialisierung forderten.

Dieser Sachverhalt ist in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion der Revolutionsjahre von kritischen Beobachtern aller Richtungen festgestellt worden¹². Er kommt in dem unlösbaren Zusammenhang von Rätebewegung und Sozialisierungsbewegung zum Ausdruck. (Unter „Bewegung“ sollen hier – in Unterscheidung von der durch Intellektuelle getragenen theoretischen Diskussion und der staatlichen Politik bzw. Gesetzgebung – die Vorstellungen und Aktionen der breiten Masse der Arbeiterschaft verstanden werden; dabei ist ebenso selbstverständlich, daß diese drei Momente in lebendiger Wechselwirkung stehen, wie, daß sie keineswegs ohne weiteres zusammenfallen.) Die wirtschaftlich-soziale Rätebewegung – nur um sie, nicht auch um die politische und militärische handelt es sich hier – begriff die Räteorganisation der Wirtschaft fast immer als Vorstufe und Unterbau der Sozialisierung; die Sozialisierungsbewegung konnte sich die Vergesellschaftung der Produktion kaum anders als auf der Grundlage und in der Form der Räteorganisation vorstellen¹³.

¹² Hier einige Äußerungen aus der theoretischen Diskussion über den Zusammenhang von Sozialisierung und Räteystem: Gestaldio, Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Schmollers Jb., 45. Jg., S. 185 ff., bes. 201 ff. Heinrich Göppert, Die Sozialisierungsbestrebungen in Deutschland nach der Revolution, ebenda, 513 ff., bes. 323 ff. Josef Schumpeter, Sozialistische Möglichkeiten von heute, Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., Bd. 48, 1920/21, S. 305 ff., bes. 323 ff., 336 ff. Robert Wilbrandt, in Die Freiheit vom 4. 1. 1919, Nr. 7, Leitartikel, ferner derselbe, Sozialismus, Jena 1919, bes. S. 240 ff. Diese Autoren betonen alle – wenn auch mit sehr verschiedenem politischem Wertakzent – die Unvermeidlichkeit einer „syndikalistischen“ Komponente in den Sozialisierungswünschen der Arbeiter. Von einem marxistischen Standpunkt aus entwickelt dann unter Berücksichtigung dieser Komponente seine Theorie Karl Korsch, Was heißt Sozialisierung?, Hannover, 1919, ferner derselbe, Arbeiter-Rat, Jg. 1/1919, Nr. 19, S. 15/6. Interessant die Kritik an dem vorstehenden Aufsatz durch Eduard Heimann, einen typischen Vertreter der im Text bezeichneten engeren Auffassung der Sozialisierung, in seinem Artikel Die Sozialisierung, Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., Bd. 45, 1919, S. 527 ff., bes. 585 ff. Korsch's Gegenkritik in Arbeiter-Rat, Jg. 2/1920, Nr. 7, S. 6 ff. Weiter: derselbe in Die Tat, Jg. 11/1919–20, Bd. 2, Praktischer Sozialismus, S. 735 ff., und Grundsätzliches zur Sozialisierung, S. 900 ff. Bemerkenswert auch die Äußerungen von Emil Lederer in Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., Bd. 47, S. 219 ff., 260, der – obgleich ein Vertreter der Theorie der Sozialisierung im engeren organisatorischen Sinne – den Rätegedanken und die ihm zugrunde liegenden Strömungen positiv würdigt.

¹³ Einige typische Äußerungen aus der Fülle des Materials: Zur Rätebewegung vgl. für die SPD: Franz Büchel (einer der Sprecher der Berliner sozialdemokratischen Arbeiterräte), Das Räteproblem, Berlin, o. J. (1919). Für die USPD: Der Arbeiter-Rat, Jg. 1/1919, Nr. 25, S. 3 ff. Aufruf: Der Aufbau des deutschen Räteystems. Für die KPD: Alfons Goldschmidt (Schriftleiter der Kommunistischen Rätekorrespondenz), Arbeiterräte! Wie führt Ihr die Sozialisierung durch? Berlin, 1919. Zum Problem der Sozialisierung vgl. den Aufruf: An die Bevölkerung des Ruhrkohlengebietes, vom 14. 1. 1919, in Richard Müller, Der Bürgerkrieg in Deutschland, Berlin, 1925, S. 242 ff., „... ist beschlossen worden, das Werk der Sozialisierung

Dieser Zusammenhang ist nicht zufällig, sondern beruht auf Grundgedanken, die unzweifelhaft in die Vorstellungswelt der Arbeiter eingegangen waren¹⁴. Es sind dies: Die Vorstellung, daß die gesellschaftliche Lage der Arbeiter in erster Linie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und in ihnen durch das Lohnarbeitsverhältnis bestimmt sei; die Vorstellung, daß die Gleichmäßigkeit dieses Verhältnisses für alle Arbeiter ein grundsätzlich gleiches gesellschaftliches Interesse, ein Klasseninteresse herstelle; die Vorstellung, daß die gesellschaftliche Lage der Arbeiter infolgedessen von Grund auf nur durch die Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, durch Aufhebung der Lohnarbeit, kurz, durch den Sozialismus oder Kommunismus gebessert werden könne.

Die Voraussetzung solcher Vorstellungen ist natürlich eine Auflehnung der Arbeiter gegen ihre ihnen eigentümliche gesellschaftliche Lage. Diese Auflehnung ist eine geschichtliche Tatsache; sie bestimmte auch die sozialrevolutionären Strömungen in der deutschen Revolution von 1918/19. Wenn wir die ganze komplizierte „Arbeiterfrage“ der Vorweltkriegszeit einmal aufs äußerste vereinfachen dürfen, dann richtete sich die Auflehnung der Arbeiter vor allem gegen zwei bestimmte Bedingungen ihrer Existenz. Die eine war die wirtschaftliche Not, die sie bedrückte und erniedrigte¹⁵, die andere aber war die aus dem Charakter der Lohnarbeit als unselbständiger fremdbestimmter Tätigkeit entspringende Unterwerfung des Arbeiters unter die unmittelbare Befehlsgewalt des Unternehmers oder seines Beauftragten und – mit fortschreitender Technisierung zunehmend – unter die starre Disziplin des mechanisierten Arbeitsprozesses¹⁶.

Die Verknüpfung der sozialistischen Vorstellungswelt mit der wirklichen gesellschaftlichen Lage blieb freilich so lange höchst allgemein und unbestimmt, als die Verwirklichung des Sozialismus nicht in greifbarer Nähe zu sein schien. Besonders

auf dem Räteystem aufzubauen.“ Unterzeichnet von Vertretern der SPD, USPD und KPD (!!!). Ferner für die SPD: G. Werner (ehemaliger Steiger, Geschäftsführer des freigewerkschaftlichen Bundes der technischen Angestellten und Beamten – Butab), *Der Weg zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus*, Berlin, 1920, bes. S. 34ff. Für die KPD: Karski, *Die Sozialisierung des Bergbaus*, Vortrag auf der Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten am 5. März 1919 in Essen, Essen, 1919, bes. S. 12ff., sowie die im Anhang abgedruckte Resolution der Konferenz.

¹⁴ Diese Grundgedanken übrigens sind zwar der deutschen Arbeiterschaft in erster Linie durch Marx – und vor ihm durch Lassalle – vermittelt worden, sie sind aber keineswegs spezifisch marxistisch. Sie sind vielmehr geistiges Gemeineigentum aller sozialrevolutionären Richtungen der Arbeiterbewegung, der marxistischen Sozialisten und Kommunisten wie der Syndikalisten und der anarchistischen Kommunisten.

¹⁵ Man vergleiche hierzu vor allem die umfangreiche Memoirenliteratur, z. B. die Erinnerungen von Keil, Noske, Severing, Winnig, aber auch von ehemaligen Arbeitern, die keine Politiker wurden, wie Bruno H. Bürgel. Eine eindrucksvolle zusammenfassende Darstellung der Lage der Arbeiter findet sich bei Wilbrandt, *Sozialismus*, a. a. O., S. 11ff.

¹⁶ Hierzu besonders Georges Friedmann, *Die Zukunft der Arbeit*, Köln, 1953. Eine ausführliche Diskussion der modernen betriebssoziologischen Forschung findet sich bei Friedmann, *Der Mensch in der mechanisierten Produktion*, Köln, 1952.

Vierteljahrshefte 3/2

der in Deutschland herrschende dogmatische und entwicklungsgläubige Marxismus Kautskyscher Prägung wies jede Frage nach der konkreten Gestalt der sozialistischen Zukunftsgesellschaft als unwissenschaftlich zurück¹⁷. Die fehlende Antwort auf die Frage: Was tun? stürzte die deutschen Sozialisten im Jahre 1918 in ein schweres Dilemma. Die Sozialisierung – und das konnte, wenn dieses Wort irgendeinen Sinn haben sollte, doch nur heißen: die Verwirklichung des Sozialismus – stand plötzlich auf der Tagesordnung. Aber wie sollte sie aussehen?¹⁸ Wie sollte die abstrakte Formel der Sozialisierung mit ihrem konkreten Sinn, der „Emanzipation der Arbeiterklasse“¹⁹, in Beziehung gesetzt werden? Zu dem Ziel, die materielle Lage der Arbeiterschaft zu heben und eine gerechtere Verteilung der Güter zu bewirken, bot sich ein Weg an, der sowohl gangbar als auch mit der marxistischen Tradition in Einklang zu sein schien: Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung privater Unternehmungen im Rahmen einer „planmäßigen Gemeinwirtschaft“. Aber würde durch eine solche „Sozialisierung“ die andere Bedingung der Arbeiterexistenz verändert werden können? Würden die Arbeiter damit zufrieden sein, für die „Allgemeinheit“, statt für den Unternehmer zu arbeiten und einem staatlichen Beauftragten, statt einem privaten Angestellten zu gehorchen?

Die Theoretiker und Ideologen der Sozialisierung haben diese Frage als eine theoretische Frage gestellt; die Arbeiter haben sie durch die Praxis beantwortet. In dem Augenblick, in dem nach der politischen Revolution die tatsächliche Möglichkeit sozialer Veränderungen in ihren Gesichtskreis trat und sich notwendigerweise mit dem Begriff der Sozialisierung verknüpfte, griffen sie, in Gedanken und in Wirklichkeit, zu dem von den Syndikalisten seit eh und je propagierten Mittel der „action directe“. Dieser Begriff bedeutet nichts weiter als die „unmittelbare Auflehnung“ gegen die abhängige Lohnarbeiterexistenz dort, wo sie sich tagtäglich vollzieht, in der Werkstatt, im Betrieb, im Unternehmen. Die Form dieser Auflehnung war das Räteystem! Der unmittelbar gewählte und jederzeit abberufbare Vertrauensmann der Kollegen, der Arbeiterrat, sollte die Herrschaft der Unternehmer am Arbeitsplatz selbst brechen; der Zusammenschluß der Räte in Gemeinde, Land und Reich aber war dazu bestimmt, die Sozialisierung der Gesamtwirtschaft zu kontrollieren und dem drohenden Übergewicht bürgerlicher Fachleute, aber auch der eigenen Funktionäre zu begegnen. Die Notwendigkeit dieses inneren Zusammenhangs von Sozialisierung und Räteystem ist im tatsächlichen Verlauf der sozialen Bewegung des Jahres 1919 deutlich in Erscheinung getreten.

¹⁷ Vgl. die Schrift von Karl Korsch, *Die materialistische Geschichtsauffassung* (eine Kritik an Kautsky), Leipzig, 1929, und *Marxismus und Philosophie*, 2. Aufl., Leipzig, 1930. Vgl. auch E. Matthias, *Kautsky und der Kautskyanismus*, in *Marxismusstudien*, 2. Folge, Tübingen, 1957, S. 151–197.

¹⁸ Der beste Führer durch die Wirrnis der damaligen Diskussion ist – vor allem auf Grund seiner kritischen und fast lückenlosen Verarbeitung des umfangreichen Schrifttums – Felix Weil, *Sozialisierung*, Berlin, 1921. Von einem orthodox marxistischen Standpunkt aus, aber sehr sachlich schreibt W. Greiling, *Marxismus und Sozialisierungstheorie*, Berlin, 1923.

¹⁹ Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, 1864.

III

Unsere Studie geht von der Hypothese aus, daß die Erfolglosigkeit der Räte- und Sozialisierungsbewegung des Jahres 1919 – neben anderen hier nicht näher behandelten Momenten – die Ursache für tiefreichende und bedrohliche Spannungen im politisch-sozialen Gefüge der Weimarer Republik gewesen sei. Um diese These wirklich zu prüfen, ist es nötig, die einzelnen Fragen des Problemkreises genauer und gründlicher zu formulieren, als das bisher geschehen ist.

Folgende Punkte müssen geklärt werden:

1. Hat der Verlauf der Räte- und Sozialisierungsbewegung im Jahre 1919 einen nachweislichen Einfluß auf die Radikalisierung und Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgeübt?

2. Bestand tatsächlich – wie Rosenberg es behauptet – eine breite einheitliche Strömung in der Arbeiterschaft, die, über die Grenzen der bestehenden Parteien hinweg, bereit gewesen wäre, sich mit einer begrenzten Sozialisierung im Rahmen einer sozialen Demokratie zufrieden zu geben?

3. Waren die Motive und Ziele der Räte- und Sozialisierungsbewegung überhaupt mit einer demokratischen Staatsordnung vereinbar, oder stand hinter allen Aktionen nicht doch nur der Wille, eine Diktatur des Proletariats nach russischem Muster zu errichten?

4. Im engen Zusammenhang mit dieser Frage steht eine weitere: Muß man nicht die gesamte Bewegung als das Ergebnis planmäßiger „spartakistischer Unruhestiftung“ ansehen? Dabei ist einerseits zu untersuchen, ob überhaupt eine „planmäßige“ Leitung, und wenn ja, dann eine „spartakistische“ vorlag, und andererseits zu fragen, was „Spartakismus“ im Jahre 1919 eigentlich bedeutete.

5. Entsprangen die Forderungen auf Sozialisierung und Durchführung des Räte-systems wirklich einem echten Wunsch der Arbeiter oder hatten sich nicht vielmehr radikale Agitatoren einer Bewegung bemächtigt, die sich im Grunde nur auf Kosten der Volksgesamtheit materielle Vorteile verschaffen wollte? Diese Version ist nicht nur von bürgerlicher, sondern auch von sozialistischer Seite vorgebracht worden. Das damals weit verbreitete Schlagwort: „Die Revolution ist zu einer Lohnbewegung entartet!“, stammt z. B. von dem linken USPD-Führer und Volksbeauftragten Emil Barth; es wurde dann freilich vor allem von sozialdemokratischer Seite kolpor-tiert²⁰.

6. Waren die in der ganzen Bewegung sich ausdrückenden Kräfte überhaupt einer irgendwie gearteten konstruktiven Tätigkeit fähig, oder muß ihr Auftreten nicht – wie von den verschiedensten Seiten mit Nachdruck behauptet worden ist – lediglich als Symptom der Anarchie, der allgemeinen Auflösung jeder Ordnung angesehen werden?

Von der Beantwortung dieser Fragen hängt auch unser Urteil über die Politik der

²⁰ Hermann Müller, Die Novemberrevolution, Berlin, 1928, S. 80, 201 ff. Ferner Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918, Stenografischer Bericht, Berlin, 1919, S. 213, 319, 327 ff. (Rede Barths), 331 ff.

Volksbeauftragten bzw. der ersten Reichsregierung gegenüber der Räte- und Sozialisierungsbewegung ab. Die neue republikanische Regierung erblickte in den Sozialisierungs- und Rätebestrebungen der Arbeiterschaft in erster Linie Spartakismus, Diktaturstreben, Aufruhr und den Ausbruch der Anarchie schlechthin und hielt es für ihre Pflicht, die Bewegung mit Gewalt niederzuschlagen. Die Frage, ob diese Beurteilung und damit die daraus folgende Politik begründet oder unbegründet gewesen ist, kann und soll hier gestellt und – wenn irgend möglich – beantwortet werden²¹.

IV

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, ein einigermaßen lückenloses Bild der gesamten sozialen Bewegung des Jahres 1919 in Deutschland zu entwerfen. Ja, es würde sogar zu weit führen, auch nur alle entscheidend wichtigen Momente der Gesamtbewegung herauszugreifen. Als solche erscheinen vor allen anderen die großen Streiks im Westen, in Mitteldeutschland und in Berlin vom Januar bis zum April 1919. Im Zusammenhang damit verdienen die sogenannte „reine Rätebewegung“ der linken USPD und die Auseinandersetzungen um die Schaffung eines Betriebsrätegesetzes vom Frühjahr bis zum Spätsommer 1919 größte Beachtung. Alle diese Erscheinungen hängen auf vielfältige Art und Weise miteinander zusammen. Indessen darf – nach Gestalt und Auswirkung – die Sozialisierungsbewegung der Ruhrbergarbeiterschaft eine verhältnismäßige Sonderstellung in diesem Rahmen beanspruchen. Sie setzte am frühesten ein, dauerte am längsten und spiegelte die ursprünglichen – noch nicht organisatorisch und ideologisch geformten – Triebkräfte innerhalb der gesamten Bewegung am deutlichsten wider. Auf sie kann sich daher unsere Studie ohne allzu großen Schaden beschränken.

Zu Beginn sei kurz der äußere Ablauf der Bewegung im Ruhrgebiet geschildert²². Der politische Umsturz im November 1918 hatte sich im Ruhrrevier im allgemeinen

²¹ Die grundsätzliche Haltung der Regierung spricht sehr deutlich aus der kurzen Schilderung, die H. Müller in seinem sonst sehr um Sachlichkeit bemühten Buch über die Sozialisierungsbewegung gibt (a. a. O., S. 210/11): „Nach der Niederlage der Spartakisten im Berliner Januarputsch versuchten die Kommunisten immer wieder, im Ruhrgebiet, im Halle-schen Braunkohlengbiet, in Ober- und Niederschlesien, Generalstreiks zu entfesseln mit der Parole: ‚Sozialisierung der Schlüsselindustrien!‘ . . . Dabei fehlte diesen Streiks jede klare Linie und jede zentrale Kampfleitung. Abwechselnd wurde heute in diesem, morgen in jenem Bezirk ein Feuer angezündet. Erreicht wurde dadurch nichts. Auch dort nicht, wo wie im Ruhrgebiet in der ersten Januarhälfte 1919 vorübergehend eine gemeinsame Front von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Spartakisten gebildet worden war, ‚um die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus selbst in die Hand zu nehmen‘. Auch das dauerte nur kurze Zeit. Jedes Bündnis mit den Linksradikalen trug den Keim des Zerfalls in sich.“ – Mit dieser Darstellung wird unsere Studie sich auseinandersetzen haben.

²² Die umfassendste Darstellung findet sich in dem von seiten der Unternehmer angeregten und finanzierten mehrbändigen Werk Hans Spethmanns, 12 Jahre Ruhrbergbau, Berlin, 1928, in dessen erstem Bande. Dieses Buch beruht auf den einzigen wirklich handfesten Unterlagen für die auf rund 250 Zechen verteilte Bewegung, nämlich auf den Akten der Zechenverwaltungen. Daneben steht die von der KPD herausgegebene Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin, o. J. (1919), die sich ebenfalls auf reiches Originalmaterial

ohne größere Unruhen vollzogen²³. Hingegen setzten noch im selben Monat an mehreren Stellen, unabhängig voneinander, Bewegungen ein, die materielle und soziale Forderungen der verschiedensten Art stellten²⁴: Im Vordergrund standen Wünsche auf Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Nachzahlung der beim Bergarbeiterstreik von 1912 als Strafe einbehaltenen sechs Schichtlöhne, u. ä.; daneben wurden mit besonderem Nachdruck Änderungen der betrieblich-sozialen Verhältnisse verlangt: Man forderte vor allem anderen den Beitritt der Unorganisierten zu den Gewerkschaften, sodann Neuwahl der Arbeiterausschüsse, Anerkennung der Gewerkschaften, Milderung der betrieblichen Kontrollen, Abschaffung des Fahrsteigersystems, Änderung der Strafordnung und fast überall die Entfernung unbeliebter Vorgesetzter²⁵. Die Bewegungen hielten sich nicht immer im überkommenen Rahmen des geordneten Ausstands. Nicht selten wurde die Durchsetzung der Forderungen unter Gewaltandrohung erzwungen. Das gilt besonders für die Zechen des rechtsrheinischen Bezirkes. Vor allem Hamborn und Mülheim entwickelten sich damals zum Schwerpunkt der syndikalistischen „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ im Revier und zu einem Zentrum radikaler Aktionen²⁶. Die Gewerkschaften standen diesen spontanen Bewegungen ablehnend gegenüber, sie bangten um die ohnedies absinkende Kohlenförderung und mahnten zur Ruhe. Die Vereinbarung des 8-Sturentages und einer mäßigen Lohnerhöhung mit den Zechen, die die alten Gewerkschaftsverbände schon am 15. November er-

stützt. Beide Bücher sind allerdings in ihrer Auswahl, Darstellung und Beurteilung der geschilderten Ereignisse im höchsten Grade parteiisch. Zum Glück bringen sie beide in erheblichem Umfang ihr Material im Rohzustand vor, so daß die eigentlichen Quellen nicht verschüttet werden. Eine vom revolutionären Standpunkt aus, aber sachlich geschriebene Darstellung findet sich bei Richard Müller, *Der Bürgerkrieg in Deutschland*, Berlin, 1925, S. 127–142, ebenfalls mit vielen Quellenmitteilungen. Über die im fraglichen Zeitraum aufgetretenen Unruhen – vom rein polizeilichen Standpunkt aus gesehen – orientiert der Bericht des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung, Drucksachen Nr. 3228, S. 5585–5674. Einer der Führer des April-Streiks, Heinrich Teuber, ehemaliges Vorstandsmitglied des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes, nach 1920 Reichstagsabgeordneter und Parteisekretär der USPD in Bochum, liefert einen ausführlichen Bericht in der Zeitschrift *Sozialistische Politik und Wirtschaft*, Jg. 4/1926, Nr. 31 ff. Materialreich und hochinteressant ist auch die Broschüre: *Die Sozialisierung des Bergbaus und der Generalstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet*, herausgegeben von der Neunerkommission für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Essen, o. J. (1919) (zitiert als „Broschüre Neunerkommission“). Eine von dem „Volkskommissar“ Ruben verfaßte *Denkschrift: Geschichte der Essener Sozialisierungsbewegung*, erwähnt bei Spethmann, S. 157, und R. Müller, S. 133, die auch dem Untersuchungsausschuß vorgelegen hat, war leider nicht wieder aufzufinden. Lange Passagen daraus, ergänzt durch die Schilderung eigener Erlebnisse im Ruhrgebiet, finden sich aber bei Wilbrandt, *Sozialismus*, S. 245 ff.

²³ Spethmann, a. a. O., S. 84 ff. Vgl. auch für die gesamte folgende Entwicklung III. Gesch., a. a. O., S. 312 ff. und Müller, a. a. O., S. 127 ff.

²⁴ Spethmann, S. 89 ff.

²⁵ Dafür ist eine bei Spethmann, S. 90, wiedergegebene Formulierung typisch: „Die . . . (Namen) . . . werden ersucht, die Arbeiter als Menschen zu behandeln.“

²⁶ Spethmann, S. 121 ff., bes. 132 ff.

reicht hatten, genügte aber den Bergarbeitern nicht. Die Streiks und Unruhen gingen fort. In der Vorweihnachtswoche befanden sich zeitweise bis zu 30 000 Mann im Ausstand²⁷.

Im Zuge der allgemeinen politischen Entwicklung, vor allem seit dem Bruch zwischen SPD und USPD im Dezember 1918 und im Gefolge der Berliner Januarunruhen, verschärfen und politisierten sich die Gegensätze im Ruhrgebiet und führten nicht selten zu blutigen Zusammenstößen. Die Bewegungen auf den Zechen nahmen zu. Putschistische Unternehmen linksradikaler Gruppen²⁸ (so in Dortmund am 7./8. 1., in Gladbeck am 11./13. 1., in Düsseldorf am 8./11. 1., in Duisburg am 11./13. 1.) auf der einen Seite, erste Einsätze der Sicherheitswehren und der neu gebildeten Freikorps (so in Gladbeck am 17. 12., in Hagen am 8./9. 1., in Buer am 14. 1.) auf der anderen Seite, vermehrten die Unruhe²⁹.

Um die Jahreswende trat auch zum ersten Mal die Forderung nach Sozialisierung in den Vordergrund. Auf diese Tatsache war sicherlich der Verlauf des ersten allgemeinen Rätekongresses von Einfluß. Das vom 16. bis zum 21. Dezember 1918 in Berlin tagende Revolutionsparlament hatte nicht nur die baldige Wahl der Nationalversammlung beschlossen, also den Weg der parlamentarischen Demokratie eingeschlagen, sondern auch die Regierung beauftragt, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifer Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen“³⁰. Unter dem Zeichen der Sozialisierung und des damit verbundenen Räteystems erhielt die allgemeine soziale Bewegung allmählich einen bewußteren, d. h. zunehmend politischen Charakter³¹. Die Welle der Streiks erreichte einen neuen Höhepunkt. Am 11. Januar befanden sich mehr als 80 000 Bergarbeiter im Ausstand³².

Angesichts dieser ohne Zweifel bedenklichen und auf die Dauer unhaltbaren Lage ergriff der Essener Arbeiter- und Soldatenrat, in dem alle drei sozialistischen Parteien, SPD, USPD und KPD, vertreten waren, die Initiative. Am 9. Januar beschloß er, von sich aus die Sozialisierung des Bergbaus zu proklamieren. Am 11. Januar ließ er die Büros des Kohlensyndikats und des Bergbaulichen Vereins in Essen besetzen, verordnete eine allgemeine Lohn- und Preiskontrolle und verlangte von Betriebsleitern und Arbeitern die Weiterführung der Produktion. Er ernannte einen der SPD angehörenden Juristen, den Landrichter Ruben, zum Volkskommissar für die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus und stellte ihm Beigeordnete der drei sozialistischen Parteien zur Seite. Eine von allen Parteien unterzeichnete Proklamation forderte die Arbeiter auf, alle Streiks sofort zu beenden. Zugleich

²⁷ Spethmann, S. 131/2, 360 ff.

²⁸ Es wäre ungenau, hier schlechtweg von „Spartakisten“ zu reden. Die KPD (Spartakusbund) war erst am 31. 12. 18 gegründet worden. Ihre Organisation war alles andere als fest und genau umrissen.

²⁹ Vgl. Bericht des Untersuchungsausschusses, a. a. O.

³⁰ A. a. O., S. 344.

³¹ Vgl. R. Müller, S. 128/9, sowie die aufschlußreichen Äußerungen des Dortmunder Kommunistenführers Meinberg bei Spethmann, S. 129, vgl. auch Teuber, a. a. O., Nr. 36.

³² Spethmann, S. 173.

wurde für den 13. Januar nach Essen eine Konferenz sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einberufen³³. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Reichsregierung und sämtlicher Gewerkschaften teil. Im Einvernehmen mit ihnen beschloß die Konferenz einstimmig die sofortige Sozialisierung des Bergbaus. Ruben wurde als Volkskommissar bestätigt; eine aus je drei Vertretern der SPD, USPD und KPD zusammengesetzte Kommission, die sogenannte „Neuerkommission“, trat ihm zur Seite. Ferner wurde die Wahl einer von den Revieren an sich aufbauenden Räteorganisation des Bergbaus beschlossen. Die Arbeiter wurden zur sofortigen Aufnahme der Arbeit aufgefordert. Am Tag darauf wurde eine Wahlordnung erlassen und die sofortige Durchführung der Wahlen angeordnet³⁴.

Die Streiks, die schon nach dem 11. Januar allmählich nachgelassen hatten, hörten schlagartig auf. Abgesehen von einer begrenzten Streikwelle zwischen dem 18. und dem 22. Januar, vor allem in dem stets unruhigen Hamborn, blieb das Revier von da an bis Mitte Februar ruhig³⁵. Eine Ausnahme bildete eine kleine Anzahl von betrieblichen Bewegungen, deren Ursache überwiegend das Verhalten der Unternehmer war. Diese verweigerten – verständlicherweise, von ihrem Standpunkt aus – den Essener Beschlüssen ihre Zustimmung und versuchten in einigen Fällen die Wahl der Räte auf den Zechen zu behindern. Sie beriefen sich dabei auf die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. 12. 18, die die Wahl von Arbeiterausschüssen mit begrenzten Rechten vorsah, und erklärten, in ihren Betrieben nur diese Ausschüsse zulassen zu wollen³⁶.

Auch die Reichsregierung zeigte keine Neigung, die Essener Beschlüsse zu sanktionieren. Sie ordnete zwar die Wahl von Betriebsräten an (allerdings nach dem Muster der von den Arbeitern abgelehnten Ausschüsse) und setzte drei Sozialisie-

³³ Der von dieser Konferenz erlassene Aufruf „An die Bevölkerung des Ruhrkohlengebietes“ trägt irrtümlicherweise das Datum des 14. Januar.

³⁴ Spethmann, S. 149 ff., 376 ff.; ill. Gesch., S. 314 ff.; Müller, S. 129 ff.; Broschüre Neuerkommission, S. 3 ff. Dort auch im Anhang, S. 31 ff., alle die Sozialisierung und das Räte-system im Bergbau betreffenden Dokumente (Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse usw.).

³⁵ Spethmann, S. 173, 177/8; Müller, a. a. O., vor allem S. 134/5, wo er völlig korrekt den Bericht des Untersuchungsausschusses auswertet und feststellt, daß es – von lokalen Ausnahmen abgesehen – in der fraglichen Zeit nicht zu Unruhen gekommen sei.

³⁶ Spethmann, S. 178 ff.; Broschüre Neuerkommission, S. 10. In einem Telegramm vom 21. 1. 19 protestiert der bergbauliche Verein Essen beim Preußischen Handelsministerium gegen die Beschlüsse der Essener Konferenz der A.- u. S.-Räte vom 20. 1. und erwähnt die Fälle dreier Zechen, auf denen es wegen der Wahl der Zechenräte nach Essener Muster zu Unruhen, zum Teil zur Absetzung der Direktoren gekommen sei. Das Handelsministerium schließt sich mit Brief vom 22. 1. an das Staatsministerium und an den Zentralrat diesem Protest vollinhaltlich an und kritisiert die „verhängnisvolle Tätigkeit“ der Betriebsräte. Der Zentralrat wird aufgefordert, „auf den Essener A.- u. S.-Rat wegen der Beseitigung der Betriebsräte (!!!) hinzuwirken“. Archiv des Zentralrats der Deutschen Republik, B-22, Bd. 3, Int. Inst. f. Sozialgeschichte, Amsterdam. Dieser Briefwechsel ist höchst bezeichnend für die Einstellung der hohen Regierungsbehörden gegenüber den Forderungen der Arbeiter und zeigt zugleich, in welchem Sinne die sozialdemokratischen Minister von ihren Beamten informiert wurden.

rungskommissare – den Gewerkschaftsführer Hué, den Generaldirektor Vögler und den Geheimen Bergrat Röhrig – ein; außerdem stellte sie die Errichtung von „Arbeitskammern“ mit begrenzten Rechten in Aussicht. Sie war aber nicht bereit, die neu gewählten Räte und die Tätigkeit der Neunerkommission im vollen Umfang anzuerkennen. Überdies entschloß sie sich auch zu den erwähnten Maßnahmen nur unter offensichtlichem Zögern³⁷.

In zwei weiteren Konferenzen am 20. Januar und am 6. Februar bestätigten die A.-u.-S. Räte des Ruhrgebietes noch einmal – trotz zunehmender Spannungen in ihren eigenen Reihen – fast einmütig die Beschlüsse vom 13. Januar. Sie erklärten dabei ihre volle Bereitschaft, mit der Regierung und den eingesetzten Sozialisierungskommissaren zusammenzuarbeiten³⁸. Auf der Februar-Konferenz verlangten die allmählich ungeduldig werdenden Delegierten freilich bereits ultimativ eine klare Anerkennung ihrer Forderungen und drohten für den Fall der Ablehnung zum 15. Februar mit dem Generalstreik. Zugleich bestimmten sie an Stelle des schon am 22. Januar ausgeschiedenen Ruben den Kommunisten Dr. Julius Marchlewski (Karski) zum volkswirtschaftlichen und journalistischen Berater der Neunerkommission. Die Regierung lehnte es abermals ab, das Räteystem und die Neunerkommission anzuerkennen und traf zugleich alle Vorbereitungen für ein militärisches Eingreifen im Revier³⁹.

Am 11. Februar löste der neuernannte kommandierende General des VII. A.K., Watter, um einem angeblich unmittelbar bevorstehenden spartakistischen Aufstand in ganz Norddeutschland zuvorzukommen, den als besonders radikal bekannten Korps-Soldatenrat in Münster auf und ließ die anwesenden Mitglieder verhaften; dieses Vorgehen rief unter den Arbeitern, die ohnedies die militärischen Maßnahmen der Regierung mit äußerstem Mißtrauen verfolgten, eine große Erregung hervor⁴⁰. Die Radikalen drängten auf Durchführung des angedrohten Generalstreiks und auf Entwaffnung der Freikorps. Eine am 14. Februar nach Essen zusammengerufene Konferenz beschloß den Generalstreik und den bewaffneten Kampf gegen die Freikorps, falls die Regierung die Maßnahmen in Münster nicht

³⁷ Die Verordnung betr. den Bergbau wurde am 13. 1. erlassen, die Verordnung über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau wurde am 8. 2. beschlossen, aber erst am 18. 2. – also nach Ausbruch des ersten Generalstreiks – veröffentlicht. S. Jahrbuch 1919 des Verbandes der Bergarbeiter, S. 52 ff. Vgl. dazu auch den sehr instruktiven, wenn auch stark polemisch gefärbten Bericht des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für 1919/20 (künftig zitiert als: Bericht chr.), Essen, 1921, S. 83 ff. und 188 ff.

³⁸ Der Vorwärts vom 21. 1. 19 veröffentlichte die Entschließung der Konferenz unter der Überschrift „Einigung und Ruhe im Ruhrgebiet“.

³⁹ Vgl. den genannten Bericht chr., ferner Spethmann, S. 159, 189/90; Ill. Gesch., S. 318 ff.; Broschüre Neunerkommission, S. 12/3 und den Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung ebenda S. 13 ff. Von Interesse ist auch der amtliche Bericht des Wehrkreis-kommandos Münster im Bericht des Untersuchungsausschusses, S. 5672 ff., vor allem deswegen, weil dieser Bericht voll sachlicher Irrtümer (falsche Daten und Namen usw.) und abenteuerlicher politischer Kombinationen ist und ein bemerkenswertes Licht auf die politische Vorstellungswelt der Truppe wirft.

⁴⁰ Vgl. den erwähnten militärischen Bericht und Müller, S. 156 ff.

umgehend rückgängig machen sollte⁴¹. Als am 15. Februar die Truppen im Norden des Reviers, in Hervest-Dorsten, einrückten, weil einige Tage vorher dort ein bürgerlicher Politiker ermordet worden war, kam es zu blutigen Kämpfen. Daraufhin beschloß eine von radikaler Seite beschickte Teilkonferenz von Arbeiterräten, sofort in den Generalstreik zu treten. Dieses Vorpellen der ultraradikalen Kräfte – führend auf der in Mülheim durchgeführten Konferenz waren offensichtlich wieder die Syndikalisten – war von großer Bedeutung⁴².

Am 18. Februar trat planmäßig wieder die Gesamtkonferenz der A.- u. S.-Räte zusammen, um sich über das Ergebnis vorangegangener Verhandlungen mit der Regierung berichten zu lassen. Aber dazu kam es gar nicht. Gleich zu Beginn der Verhandlungen ereigneten sich tumultartige Auseinandersetzungen zwischen Gemäßigten und Radikalen über den Mülheimer Streikbeschluß. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Teilnehmer verließ die Konferenz; die Zurückbleibenden proklamierten den Generalstreik⁴³. Daraufhin traten die sozialdemokratischen Vertreter aus der Neunerkommission aus, und die vier Gewerkschaftsverbände (Freie, Christliche, Polen, Hirsch-Dunckersche) erklärten sich gegen den Streik⁴⁴. Die Truppen rückten in das Industriegebiet ein, wobei es teilweise zu blutigen Kämpfen und zu schweren Ausschreitungen von beiden Seiten kam⁴⁵. Der

⁴¹ Müller, S. 156; Teuber, Nr. 38; Broschüre Neunerkommission, S. 21/2; Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin, 1920, S. 123/4.

⁴² Teubers Urteil über das „Trüppchen Schwachköpfe“ ist von vernichtender Schärfe: „Ein Dutzend angeblicher Revolutionäre – in Wahrheit waren es unzurechnungsfähige Tollhänse – nahmen sich das Recht heraus, den Generalstreik zu proklamieren. Da die Bergleute wußten, daß die Parolen von unberufener Stelle kamen, leistete nur ein kleiner Teil Gefolgschaft. Es kam zwischen den Arbeitern selbst zu Zusammenstößen und Blutvergießen, zu völlig sinnlosen Bruderkämpfen. Für die Saboteure der Sozialisierung und der Neunerkommission war das ein gefundenes Fressen. Die am 18. Februar zusammentretende Konferenz der A.- u. S.-Räte hätte ohne diesen blöden Mülheimer Streich bestimmt den Generalstreik beschlossen . . .“ Auch die Verfasser der Broschüre der Neunerkommission verurteilen das Mülheimer Vorgehen sehr scharf, a. a. O., S. 22/3, 24, 28. Dies ist besonders bedeutsam, da vermutlich Karski, also der offizielle Vertrauensmann der KPD-Zentrale, zu den Verfassern gehört hat.

⁴³ Die Berichte über den Verlauf der Konferenz sind kontrovers. Die Sozialdemokraten behaupten, die radikale Minderheit der Konferenz habe versucht, sie unter Gewaltanwendung zum Streik zu nötigen. Die Kommunisten behaupten, die SPD habe versucht, durch zweckbewußte Vermehrung ihrer Mandate die Konferenz zu majorisieren, und habe eine Prüfung ihrer Mandate verweigert. Tatsache ist, daß die Konferenzteilnehmer von Bewaffneten bedroht wurden; Tatsache ist auch, daß die Sozialdemokraten entschlossen waren, einen Generalstreikbeschluß auf keinen Fall zu respektieren, und daß sie ein Interesse daran hatten, die Konferenz aufliegen zu lassen. Vgl. Spethmann, S. 206 ff.; Ill. Gesch., S. 322 ff.; die Aussagen der Sozialdemokraten Limbertz und Husemann vor dem Untersuchungsausschuß, S. 5622, 5624; Broschüre Neunerkommission, S. 23/4.

⁴⁴ Spethmann, S. 206 ff., 332/3; Broschüre Neunerkommission, S. 24 ff.

⁴⁵ Geschichte, Soziologie und Psychologie des revolutionären Terrors und Aufruhrs und seiner Unterdrückung können hier nicht näher untersucht werden, obwohl sie – vor allem für eine Aufhellung der Beziehungen von Reichswehr und Arbeiterschaft in der Republik – von großer Bedeutung sind. Die Berichte bei Spethmann und Ill. Gesch. sind beide höchst

Streik wurde nicht überall durchgeführt, obwohl die Streikenden zum Teil vor der Terrorisierung der Arbeitswilligen nicht zurückschreckten. Auf dem Höhepunkt, am 20. Februar, befanden sich mit rund 180 000 Mann kaum mehr als die Hälfte der Bergarbeiter im Ausstand. Am 21. Februar wurde der Streik dann von einer Delegiertenkonferenz offiziell abgebrochen und versackte in wenigen Tagen⁴⁶. Das Ergebnis war eine maßlose Erbitterung auf allen Seiten, die nicht nur zu dauernden Zusammenstößen mit den Truppen, sondern auch zu blutigen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft führte⁴⁷.

In den folgenden Wochen trat in der Agitation unter den Bergarbeitern die Forderung auf eine Verkürzung der Schichtdauer bis herab zu sechs Stunden in den Vordergrund⁴⁸. Zugleich begann die Bewegung nicht nur dem Einfluß der Gewerkschaften und der SPD, sondern auch der besonneneren Kommunisten zu entgleiten⁴⁹. Am 24. und 25. März kam es in Witten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Truppen und demonstrierenden Arbeitern; daraufhin brach im Bezirk zwischen Bochum und Dortmund ein allgemeiner Streik aus, dessen Hauptforderungen Anerkennung der Räte, Entwaffnung der Freikorps und 6-Stundenschicht waren⁵⁰. Am 30. März trat eine sehr sorgfältig vorbereitete Schachtdelegiertenkonferenz des ganzen Ruhrgebiets zusammen, die nunmehr völlig von Vertretern der beiden radikalen Parteien, USPD und KPD, beherrscht wurde. Sie beschloß gegen wenige Stimmen den Austritt aus den Gewerkschaften und die Gründung einer auf dem Rätssystem aufgebauten „Allgemeinen Bergarbeiterunion“ sowie einstimmig den unbefristeten Generalstreik. Außerdem wurde an Stelle der Neunerkommission ein sogenannter Zentralzechrat als neue Führung gewählt. Die hauptsächlichsten Streikforderungen waren: 6-Stundenschicht, Anerkennung des Rätessystems, Entwaffnung der Freikorps, Bewaffnung der Arbeiter, Wiederherstellung der Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland⁵¹. Der Streik setzte Anfang April mit voller Wucht ein und erfaßte zwischen dem 10. und dem 14. April mit über 300 000 Beteiligten mindestens 75⁰/₀ der Bergarbeiter, wenn nicht mehr⁵². Im Gegensatz

einseitig, wobei Spethmann allerdings noch um eine Kleinigkeit skrupelloser entstellt. Verläßlich und instruktiv ist, trotz offensichtlicher Sympathien für die politische Linke, E. J. Gumbel, Vier Jahre politischer Mord, Berlin, 1922, zumal seine Angaben an Hand der Denkschrift des Justizministeriums zu „Vier Jahre politischer Mord“, Berlin, 1924, nachgeprüft werden können.

⁴⁶ Spethmann, S. 241 ff.

⁴⁷ Müller, S. 137.

⁴⁸ Spethmann, S. 253 ff.

⁴⁹ Vgl. die sehr maßvollen Ausführungen Karskis über die Sozialisierung des Bergbaus auf der Konferenz der Bergarbeiterdelegierten vom 5. März 1919. Broschüre, Essen, 1919, sowie Ill. Gesch., S. 326, 330.

⁵⁰ Spethmann, S. 256/7.

⁵¹ Spethmann, S. 266 ff.; Ill. Gesch., S. 329 ff.

⁵² Die Zahlenangaben der Zechen und der Streikenden differieren verständlicherweise beträchtlich.

zum Februar-Streik reichte die Bewegung diesmal tief in die Reihen der gemäßigten Parteien und Gewerkschaften hinein und ebte trotz härtesten Drucks unter dem sofort verhängten Ausnahmezustand nur sehr langsam ab. Die Gewerkschaften nahmen notgedrungen die Hauptforderung der Streikenden (6-Stundenschicht) auf, die Zechenleitungen und die Regierung mußten schließlich am 9. April wenigstens die 7-Stundenschicht zugestehen⁵³. Zugleich, am 7. April, wurde der sozialdemokratische Politiker und Gewerkschaftsführer Carl Severing zum Staatskommissar für das Ruhrgebiet ernannt. Er handhabte die Befugnisse, die ihm der Ausnahmezustand verlieh, sehr geschickt, ließ die Streikführer verhaften oder zu Notstandsarbeiten verpflichten und den Arbeitswilligen Sonderrationen von Lebensmitteln zur Verfügung stellen. Aber erst am 28. April — nach fast vier Wochen — war die Bewegung niedergeschlagen⁵⁴.

In weiten Kreisen der Bergarbeiterschaft blieb eine tiefreichende Erbitterung zurück. Vor allem der freigewerkschaftliche Verband der Bergarbeiter Deutschlands, dessen Mitglieder und Vertrauensleute den Streik zu einem erheblichen Teil aktiv mitgetragen hatten⁵⁵, wurde schwer erschüttert. Er verlor von April bis Juni 1919 im Ruhrgebiet fast ein Viertel seiner Mitglieder, in einigen Bezirken sogar fast die Hälfte⁵⁶. Die Ausgetretenen schlossen sich überwiegend der neugegründeten Allgemeinen Bergarbeiterunion an. Aber auch die verbleibenden Mitglieder rebellierten derart, daß alle 69 Sekretäre des Verbandes sich genötigt sahen, gemeinsam mit der Niederlegung ihrer Ämter zu drohen⁵⁷. Auf der Generalversammlung zu Bielefeld vom 15. bis 21. Juni 1919 umfaßte die vorwiegend bei der USPD stehende Opposition 80 Delegierte, gegenüber 177 vorstandstreuen, und auch unter diesen hatte sie noch Sympathien. Unter den aus dem Ruhrgebiet kommenden Vertretern war das Verhältnis für die Opposition sogar noch günstiger⁵⁸. Daneben entwickelte sich die vorwiegend Kommunisten umfassende Bergarbeiterunion (später Freie Arbeiterunion Gelsenkirchen bzw. Union der Hand- und Kopfarbeiter), die in ihren besten Zeiten über 100 000 Mitglieder zählte und bis 1925 eine starke Konkurrenz der alten Verbände darstellte⁵⁹.

⁵³ Spethmann, S. 297 ff.

⁵⁴ Hierzu vgl. C. Severing, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld, 1927.

⁵⁵ Während des Streiks tagte einmal das Aktionskomitee am 4. April und einmal eine Vertrauensmänner-Konferenz am 11. April. In beiden Fällen kamen Beschlüsse gegen den Streik nur gegen starke Minderheiten — 71 zu 35, 217 zu 87 — zustande. Spethmann, S. 286/7, 305/6.

⁵⁶ Vgl. Jahrbuch für 1919, Hrsg. Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter, S. 368/9.

⁵⁷ Spethmann, Bd. II, S. 10/1.

⁵⁸ Protokoll, Bochum, 1919, S. 275/4, 387.

⁵⁹ Vgl. das Protokoll der Bielefelder Generalversammlung, S. 372/3, sowie die allerdings nicht leicht vergleichbaren Zahlen über die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in: 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum, 1929, S. 111; Brigl-Matthias, Das Betriebsräteproblem, Berlin, 1926, S. 41, 45; Der Kommunistische Gewerkschafter, Jg. 2/1922, Nr. 20, wonach die Union im Ruhrgebiet in diesen Jahren etwa 30–35%, der Bergarbeiterverband 40–45%, die Christen rd. 20% der Sitze erhielten.

V

Nachdem der äußere Ablauf der Bergarbeiterbewegung deutlich geworden ist, müssen wir nun die zuvor formulierten Fragen über ihren sozialen und politischen Charakter stellen und zu beantworten versuchen.

1. Hat im Verlauf der geschilderten Ereignisse eine Radikalisierung der Arbeiterschaft des Reviers stattgefunden?

An der Tatsache, daß seit 1920 bei fast allen Wahlen im Ruhrgebiet die linksradikalen Stimmenzahlen die sozialdemokratischen bei weitem überwogen, daß das Revier also in der Republik ein Zentrum des Arbeiterradikalismus gewesen ist, besteht kein Zweifel. Die Frage ist, ob der Verlauf der Bewegung im Frühjahr 1919 zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Eine unanfechtbare Antwort darauf ist freilich kaum zu geben. Das Problem des Radikalismus und der Radikalisierung in der Arbeiterschaft ist sehr vielschichtig und nicht mit einer einfachen Formel zu lösen⁶⁰. Die der unseren genau entgegengesetzte These: Das Schicksal der Bergarbeiterbewegung habe nicht die Radikalisierung, sondern umgekehrt, ein eingewurzelter Radikalismus der Bergarbeiter habe das Scheitern der Bewegung verursacht, vermag für sich durchaus gute Gründe geltend zu machen. Wir werden darauf noch eingehender zurückkommen müssen. Immerhin spricht eine wichtige Tatsache von vornherein gegen eine derartige These: Die Bewegung hat ganz offenbar als eine relativ gemäßigte begonnen und sich erst im Verlaufe der Entwicklung allmählich radikalisiert⁶¹.

Im Februar regte sich zum Teil noch starker Widerstand gegen die von links kommende Generalstreikparole, und die Mahnungen der Gewerkschaften und der SPD fanden Gehör. An vielen Orten versuchten Streikende die Arbeitswilligen mit mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Trotzdem beteiligte sich kaum die Hälfte der Bergarbeiter, und der Ausstand brach rasch zusammen. Im April – unter dem militärischen Ausnahmezustand – war Streik-

⁶⁰ In dem Versuch, das Problem einseitig von der Psychologie her aufzurollen, liegt die Schwäche der in mancher Hinsicht sehr aufschlußreichen Studie von Curt Geyer, *Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung*, Jena, 1923. O. K. Flechtheim, *Die KPD*, Offenbach, 1948, S. 185 ff., hat das Phänomen des kommunistischen Radikalismus und der Spaltung der Arbeiterbewegung sehr eingehend nach allen möglichen Richtungen hin untersucht, ohne doch zu einem eindeutigen Ergebnis gelangen zu können. Immerhin glaubt er, S. 202, sagen zu können, „... daß der ausschlaggebende Faktor für die Abspaltung des linken Flügels die sich in der Koalitionspolitik der SPD 1919 und später manifestierende Identifizierung der SPD mit der Weimarer Republik und ihrem System des demokratischen Kapitalismus war“.

⁶¹ Vgl. Broschüre Neunerkommission, S. 11 ff., 12: „Die Regierung Ebert-Scheidemann hatte im Januar und Anfang Februar eine unvergleichlich glänzende Position im Industriegebiet. Sie brauchte nur zuzugreifen, brauchte nur sich solidarisch zu erklären mit den Bestrebungen der Bergarbeiter, brauchte nur die Arbeiterräte als Kontrollinstanzen anzuerkennen, und die Arbeiterschaft stand geschlossen hinter ihr.“ Teuber, a. a. O., Nr. 36, äußert sich ganz ähnlich: „Ende 1918 waren das (die streikenden Bergleute) noch keine revolutionären Putschisten, sie wurden dazu erst gemacht durch eine Führung, die . . . das Erfordernis der Stunde völlig übersah.“

terror weder möglich noch nötig. Die Beteiligung war beinahe doppelt so stark wie im Februar und die Ausdauer der Streikenden ungewöhnlich⁶³. (Man muß dabei berücksichtigen, daß die Gewerkschaften keine Streikunterstützung zahlten, daß also die Streikenden schwere materielle Opfer bringen mußten.) SPD und Gewerkschaften hatten nicht mehr den geringsten Einfluß auf die Streikenden; die Gewerkschaften sahen sich genötigt, weit über ihre eigentlichen Absichten hinaus Konzessionen zu machen, um wenigstens ihre Organisation vor dem Schlimmsten zu bewahren. Trotzdem erlitt, wie wir gesehen haben, zum mindesten der freigewerkschaftliche Verband der Bergarbeiter schwere und dauernde Einbußen, und in seinen eigenen Reihen stieg der Einfluß des radikalen Flügels beträchtlich.

Ein mindestens ebenso durchschlagendes Argument für unsere These liegt in der Tatsache, daß zwischen Mitte Januar und Mitte Februar, zu der Zeit also, als die Bewegung noch einig war und erfolgreich zu sein schien, das Revier so ruhig war, wie vorher und nachher nicht. Das ist um so bemerkenswerter, als zu derselben Zeit überall im Reich die blutigen Befriedigungsaktionen der neugebildeten Freikorps abliefen. Man hat zwar versucht⁶³, den Zusammenhang der allgemeinen Beruhigung mit den Essener Sozialisierungsmaßnahmen zu leugnen, die Tatsache der Beruhigung selbst steht außer allem Zweifel⁶⁴. Von lokalen Ereignissen abgesehen – sie entsprangen, wie wir gesehen haben, sehr häufig aus der Weigerung der Unternehmer, die Neunerkommission und die neugewählten Räte anzuerkennen –, gab es nur in den notorisch unruhigen und radikalen Städten Hamborn und Mülheim größere Zusammenstöße. Sie nehmen aber eine Sonderstellung ein insofern, als dort die ebenso kampfeifrigen wie disziplinlosen Syndikalisten der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ dominierten. Aber auch die dortigen Unruhen hatten zum Teil nur lokalen Charakter⁶⁵ und waren nicht von grundsätzlicher politischer Bedeutung.

Daß aber diese Beruhigung eine unmittelbare Folge der Essener Aktion gewesen ist, kann kaum ernsthaft bezweifelt werden. Gleich der erste Aufruf enthielt einen leidenschaftlichen Appell an die Arbeiter, in Zukunft auf jeden Streik zu verzichten. Und es blieb nicht bei Worten. Abgesandte und Mitglieder der Neunerkommission wirkten mäßigend und ordnend auf die lokalen Bewegungen ein⁶⁶. Auch die Kommunisten schlossen sich von dieser Wirksamkeit nicht aus⁶⁷. Der Volkskommis-

⁶³ Sogar Spethmann kann das nicht leugnen. S. 317 ff. führt er als ein typisches Beispiel für den Streikverlauf die Zeche Augusta-Viktoria, Hüls, an, deren Belegschaft unter der Führung eines freigewerkschaftlichen Funktionärs freiwillig und völlig geschlossen vier Wochen durchstreikte.

⁶⁴ Spethmann, S. 175.

⁶⁵ S. oben, Anm. Nr. 35. Vgl. auch Teuber, a. a. O., Nr. 38; Broschüre Neunerkommission, S. 5.

⁶⁶ Vgl. Müller, S. 134, und Bericht des Untersuchungsausschusses.

⁶⁷ Spethmann, S. 181/2, 183, 188/9.

⁶⁸ Nach Müller, S. 130, waren sie sogar besonders eifrig dabei, die Arbeiter zum Streikabbruch zu bewegen. Ähnlich F. Curschmann, Der mitteldeutsche Vorläufer des Betriebsrätegesetzes, o. O., o. J., S. 13 ff. Ferner Lederer, a. a. O., S. 232, Anm. 39. Sehr nachdrücklich betont auch – auf Grund eigener Erfahrungen – R. Wilbrandt diese Tatsache, Sozialismus, S. 256 ff., 333.

sar Ruben hat in seinen verschiedenen Äußerungen über die Bergarbeiterbewegung ebenfalls die durchgreifende Wirkung der Sozialisierungsmaßnahmen betont und sich zum Verdienst angerechnet⁶⁸. Ein weiteres und besonders überzeugendes Zeugnis für unsere Interpretation liefert ein Bericht, den der sozialdemokratische Abgeordnete und spätere Regierungspräsident von Arnberg, König, am 24. 2. 1919 vor dem Zentralrat der Deutschen Republik in Berlin erstattet hat⁶⁹. In seiner Darstellung, die durchweg von äußerster Feindseligkeit gegenüber der radikalen Linken getragen ist, findet sich trotzdem über den Hauptstreitpunkt, die Rätefrage, das zusammenfassende Urteil: „Die Regierung hat, statt die Räte in die Betriebsordnung einzuarbeiten, nur die Zustimmung gegeben, daß das System der Zechenräte von Fall zu Fall angekündigt werden könnte. Es hätte generell durchgeführt werden müssen. Dann hätten wir Ruhe gehabt.“ Nach der Meinung dieses führenden Sozialdemokraten hätte also eine rechtzeitige und aufrichtige Anerkennung des in Essen beschlossenen Rätessystems durch die Regierung den Ausbruch des Generalstreiks im Februar verhindern können⁷⁰.

2. Die Antwort auf die erste Frage leitet unmittelbar zu der zweiten über, ob eine breite einheitliche sozialistische Mittelströmung in der Arbeiterschaft über die Parteigrenzen hinweg bestanden habe.

Diese Strömung hat bestanden. Allein die bloße Tatsache, daß zu einer Zeit, in der im Reich überall blutige sogenannte „Spartakusunruhen“ stattfanden, vier Wochen lang Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten in einem Gremium auf der Grundlage eines Programms zusammenarbeiteten, ist beweiskräftig genug. Diese Einheit war den Führern von den Arbeitern aufgezwungen worden. Nur so ist es zu erklären, daß auf drei Konferenzen durch Vertreter aller Richtungen die programmatischen Erklärungen so gut wie einstimmig beschlossen bzw. bekräftigt werden konnten, obwohl die Führer der Organisationen weder rechts noch links mit ganzem Herzen bei der Sache waren.

⁶⁸ Bericht des Untersuchungsausschusses, S. 5623/4: „Nachdem ich die moralische Unterstützung aller Kreise vorher bekommen hatte, gelang es uns dann auch, gewissermaßen im Wege der Massenpsychose, in zwei Tagen den ganzen Ausstand zu beseitigen.“ Vgl. ferner den Leitartikel Rubens, „Zur Lage im Industriegebiet“, Vorwärts Nr. 107, vom 27. 2. 19, und seinen Diskussionsbeitrag auf dem SPD-Parteitag zu Weimar 1919, Protokoll, S. 391 ff.

⁶⁹ Bisher unveröffentlichte Protokolle des Zentralrats, Arch. des Int. Inst. f. Sozialgeschichte in Amsterdam.

⁷⁰ Das kritische Urteil Königs bezieht sich offenbar nicht auf die Verordnung vom 18. 1. 19, sondern auf das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung, Vertretern der Neunkommission und Vertretern des Bezirksbergarbeiterrates Halle in Weimar am 13./14. 2. 1919. Vgl. hierzu Curschmann, S. 21 ff. Im schroffen Gegensatz zu der Meinung Königs steht die Behauptung Rubens vor dem Untersuchungsausschuß und im Vorwärts a. a. O., daß bereits die Verordnung vom 18. 1. geeignet gewesen sei, die Bergleute zufriedenzustellen. Diese Auffassung ist aber offensichtlich unhaltbar und widerspricht auch den sonstigen Äußerungen Rubens, der sich im übrigen auch sehr kritisch über die Politik der Regierung ausspricht. Teubers Urteil, Nr. 37, deckt sich übrigens mit dem seines politischen Gegners König fast wörtlich: „Wäre damals die Anerkennung der Räte durch die Regierung erfolgt, so wären alle späteren Unruhen vermieden worden . . .“

Nicht einmal die KPD wagte Sonderunternehmungen, obwohl gerade im Ruhrgebiet die ultraradikalen Elemente, die später zur Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) abwanderten, sehr einflußreich waren⁷¹. Die parteioffizielle Darstellung im Jahre 1929 kritisiert zwar sehr heftig die „Illusionen“ der Bewegung und berichtet auch, daß die Essener Ortsgruppe der KPD „nach lebhaften Auseinandersetzungen“ die Mitunterzeichnung des Essener Aufrufs vom 13. Januar mißbilligt habe, bestätigt aber dadurch indirekt nur die fast vollständige Einigung der Ruhrbergarbeiterschaft auf der geschaffenen Plattform⁷². Auch der SPD und den Gewerkschaften blieb nichts anderes übrig als mitzumachen; sogar der dem Zentrum angehörende christliche Gewerkschaftsführer und nunmehrige Unterstaatssekretär Giesberts fand auf den Essener Konferenzen vom 13. und 20. Januar Worte der Zustimmung⁷³. Wie unwiderstehlich der Drang der Arbeiter auf einheitliches Handeln gewesen sein muß, bezeugt wieder sehr eindrucksvoll König in seinem Bericht vor dem Zentralrat: „Nur, um die Bewegung nicht allein von den Spartakisten machen zu lassen, haben sich die Unabhängigen (sic!) und die Mehrheitssozialisten bereit erklärt, in die Kommission einzutreten. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Hué (Gewerkschaftsredakteur und der eigentliche Führer des freigewerkschaftlichen Verbandes der Bergarbeiter), der teilgenommen hat, sich hat mitschleifen lassen, und daß man so in die unerquickliche Lage gekommen ist“, nämlich vier Wochen lang mit Spartakisten und Unabhängigen auf der Grundlage eines entschieden sozialistischen Programms in einer Front stehen zu müssen⁷⁴. In der Tat war das für die Partei Noskes eine mehr als eigenartige Situation.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben verständlicherweise nach dem Auseinanderbrechen der Bewegung versucht, sich so scharf wie möglich von der Neunerkommission und ihrer Tätigkeit abzugrenzen⁷⁵. Diese Versuche können aber die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die sozialdemokratischen Vertreter sich an der Arbeit der Neunerkommission bis zum letzten Augenblick führend beteiligt haben. Der sozialdemokratische Steiger Stein war Vorsitzender der Neunerkommission und leitete sowohl die Essener Konferenz vom 6. Februar, auf der der Regierung mit dem Generalstreik gedroht wurde, als auch die von dieser Konferenz benannte Verhandlungskommission; und in diesen Verhandlungen am 13./14. 2. vertrat er

⁷¹ Vgl. Flechtheim, *Die KPD*, S. 60/1; R. Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*, Frankfurt a./M., 1948, 2. Aufl., S. 145; Bericht über den 5. Parteitag der KPD am 25. und 26. Februar 1920, S. 35ff., bes. 36/7, wo der Berichterstatter der Zentrale erklärt, daß die Organisation im Industriegebiet nach der Spaltung praktisch zusammengebrochen sei, aber auch vorher niemals ordentlich funktioniert habe.

⁷² Ill. Gesch., S. 317/8.

⁷³ Ill. Gesch., S. 316ff. Der christliche Verband hielt es später für geraten, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die christlichen Verbandsvertreter auf den Essener Konferenzen kein Stimmrecht besessen hätten, Bericht chr. S. 88.

⁷⁴ Protokolle des Zentralrates, a. a. O. Die Äußerungen Hués auf den Konferenzen vom 13. und 20. Januar, Ill. Gesch., S. 316, 318; Broschüre Neunerkommission, S. 415.

⁷⁵ S. z. B. die gehässigen Anwürfe in einigen Flugblättern, Spethmann, S. 266, 386/7; Broschüre Neunerkommission, S. 24ff.

uneingeschränkt das Essener Programm⁷⁶. Noch in ihren offiziellen Erklärungen, mit denen sich die Sozialdemokraten am 18. und 19. Februar gegen den Generalstreik erklären, bekennen sie sich, dessenungeachtet, zur Neunerkommission, zu der Institution der Räte und zur Sozialisierung und distanzieren sich ausdrücklich von dem wenig sozialisierungsfreundlichen Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. August Müller⁷⁷.

Das hier von der Bewegung gewonnene Bild wird durch eine Untersuchung ihrer programmatischen Äußerungen bestätigt. Der nach dem 13. Januar verbreitete und von Vertretern aller Parteien sozialistischer Richtung unterzeichnete Aufruf „An die Bevölkerung des Ruhrkohlengebietes“ ist ein höchst bemerkenswertes Dokument, auf das wir noch zurückkommen müssen⁷⁸. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß die aufgestellten Forderungen nach Form und Inhalt sehr maßvoll sind, daß mehrfach auf die Mitarbeit der Gewerkschaften hingewiesen wird und daß der Appell an die Einigkeit der Arbeiterklasse den ganzen Aufruf durchzieht.

3. und 4. Die Fragen nach der Gefahr einer Rätediktatur im russischen Sinne, nach der Gefahr des „Bolschewismus“ also, und nach der spartakistischen Geheimleitung, die hinter allen Unruhen gesteckt haben soll, können zusammenfassend und ziemlich kurz beantwortet werden.

Praxis und Programm der Bewegung lassen, wie nach dem bisher Gesagten bereits deutlich sein wird, keinen anderen Schluß zu, als daß Rätssystem und Sozialisierung nur als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, nicht als ihre Ersetzung durch die Rätediktatur, gedacht waren. Die Neunerkommission hat sich bis zum letzten Tag ihrer Tätigkeit um eine Legalisierung durch die Regierung und die Nationalversammlung bemüht⁷⁹.

Es darf freilich nicht übersehen werden, daß es im Januar in einigen Städten – am ausgeprägtesten in Düsseldorf – zu linksradikalen Putschen kam, die mehr oder weniger offensichtlich auf eine Rätediktatur im politischen Sinne abzielten; es sollen auch die vielfachen und zum Teil recht gewalttätigen Unternehmungen im rechtsrheinischen Gebiet nicht unterschätzt werden. Aber alle diese vereinzelt Vorstöße, bei denen kleine revolutionäre Vortrupps die allgemeine Unzufriedenheit oder auch nur die allgemeine Unsicherheit ausnutzten, hörten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – so lange auf, wie eine die Mehrheit der Arbeiter befriedigende gemäßigte Politik erfolgreich zu sein schien. Anders ausgedrückt: Es ist unbestreitbar, daß eine kleine sehr aktive putschistisch-diktatorisch gesonnene Minder-

⁷⁶ Bericht chr. S. 88. Über die genannten Verhandlungen das Protokoll bei Curschmann, S. 22 ff.; Broschüre Neunerkommission, S. 12/3.

⁷⁷ Spethmann, S. 208/9, 382/3.

⁷⁸ Wiedergabe bei Spethmann, S. 378/9 und bei Müller, S. 242 ff.

⁷⁹ Broschüre Neunerkommission, allerorten; Curschmann, S. 12 ff.; Wilbrandt, a. a. O., S. 259 ff., teilt einen ausführlichen Sozialisierungsvorschlag aus seiner Feder mit, der gänzlich auf engster Zusammenarbeit mit der Berliner Regierung aufgebaut ist und von dem er sagt, daß er mit dem Essener A.- u. S.-Rat und der Neunerkommission in Essen durchgesprochen worden sei und „jetzt auch als die dort gebilligte Auffassung gelten“ könne.

heit vorhanden war. Dies gilt übrigens für die ganze revolutionäre Bewegung⁸⁰. Aber diese Minderheit blieb einflußlos, solange die breite sozialistische Bewegung in der Arbeiterschaft ihre Geschlossenheit behielt.

Eine Bestätigung dieses Sachverhalts liefert das Referat, das Karski am 5. März über die Probleme der Sozialisierung hielt⁸¹. Obwohl die Erbitterung über den mißlungenen Generalstreik groß war, obwohl es sich bei dem Zuhörerkreis um eine überwiegend von Radikalen besuchte Konferenz handelte und obwohl der Redner immerhin ein revolutionärer Kommunist war, ist der Tenor des Vortrags außerordentlich maßvoll. Das russische Vorbild wird ausdrücklich als nicht verbindlich abgelehnt und der Begriff der Diktatur des Proletariats als einer terroristischen Minderheitsdiktatur verworfen⁸². Die nächste Etappe der Bewegung, wie sie Karski, nach seinem Vortrag zu urteilen, offensichtlich vorschwebt, ist die einer sozialistischen Regierung, die vorsichtig, wenn auch entschieden mit der Sozialisierung beginnt und im übrigen die Kontrolle der wirtschaftlichen Schlüsselpositionen durch die Arbeiter sichert⁸³. Von einer Aufreizung zum Aufstand ist überhaupt nicht die Rede, es wird im Gegenteil zunächst eine agitatorische und organisatorische Kräftigung der Sozialisierungsbewegung ins Auge gefaßt⁸⁴. Es soll gar nicht untersucht werden, ob Karskis eigentliche Pläne möglicherweise weiter gingen, wichtig ist hier allein, daß er es sogar in diesem Kreise und in dieser gespannten Situation nicht für sinnvoll hielt, mehr zu fordern.

Die Frage nach der angeblichen planmäßigen spartakistischen Leitung der Bewegung kann in aller Kürze verneint werden. Alle mitgeteilten Dokumente und berichteten Begebnisse bezeugen ganz eindeutig den spontanen Charakter der Bewegung. Wer hätte denn auch eine revolutionäre Zentrale bilden sollen? Die USPD war in mehrere auseinanderstrebende Richtungen zerfallen; ihr organisatorischer Ausbau war im Frühjahr 1919 noch längst nicht abgeschlossen⁸⁵. Allenfalls die Vertreter des reinen Rätessystems am linken Flügel der USPD (Däumig, Rich. Müller, Stöcker, Brass, Koenen) hätten für die Führung einer großzügigen revolutionären Politik in Frage kommen können. Daß es ihnen nicht gelungen ist, und auf Grund ihrer organisatorischen und politischen Schwächen auch nicht gelingen konnte, eine solche Führung darzustellen, geht aus Richard Müllers mit selbstkritischer Nüchternheit geschriebenen Schilderungen einwandfrei hervor⁸⁶. Die ge-

⁸⁰ Rosenberg erörtert das Problem, das dieser utopische Radikalismus für die kommunistische Politik bedeutete, sehr nüchtern und kritisch. *Geschichte der Deutschen Republik*, S. 29ff., 76/7, 135/6; *Geschichte des Bolschewismus*, S. 132/3.

⁸¹ Die Sozialisierung des Bergbaus, Essen, 1919.

⁸² A. a. O., S. 6/7.

⁸³ A. a. O., S. 11, 13, 17 ff.

⁸⁴ A. a. O., S. 27. Sowohl aus den praktischen Empfehlungen Karskis in seiner Rede als auch aus der auf der Konferenz gefaßten Entschließung geht deutlich hervor, daß Karski – der im Laufe des März polizeilich aus dem Revier verwiesen wurde – den April-Streik nicht gebilligt haben würde. Das deutet auch die Ill. *Gesch. an*, S. 330.

⁸⁵ Vgl. die Protokolle des außerordentlichen Parteitages zu Berlin vom 2. bis 6. März sowie des Bezirksparteitages Niederrhein in Elberfeld am 26./27. 4. 1919.

⁸⁶ Bürgerkrieg, allerorten, bes. S. 124 ff.

rade in den Zentren des Radikalismus besonders einflußreichen Syndikalisten lehnten jede zentrale Organisation und politische Disziplin aus Grundsatz ab; ihnen zu unterschieben, sie hätten sich von einer Geheimleitung steuern lassen, wäre völlig unsinnig. Die neugegründete KPD aber war organisatorisch kaum mehr als eine Sekte und überdies – gerade im Westen – in sich alles andere als geschlossen⁸⁷. Im übrigen lief die kommunistische Politik, soweit sie überhaupt in jenen Monaten durch die Zentrale beeinflußt werden konnte, gewiß nicht auf den sofortigen Umsturz hinaus⁸⁸.

Der von manchen Seiten behauptete allgemeine kommunistische Aufstandsplan für Januar 1919 ist eine Legende⁸⁹. Der Hinweis auf die Januarkämpfe in Berlin beweist das Gegenteil des Gewünschten; es ist ein unbestrittenes Ergebnis der historischen Forschung, daß der sogenannte Januaraufstand alles andere als eine geplante Aktion gewesen ist. Er war vielmehr eine gänzlich unvorbereitete spontane Antwort auf eine besondere Situation; die Behauptung, daß zusätzlich bezahlte Provokateure ihre Hand im Spiel gehabt hätten, hat überdies einige gewichtige Argumente für sich⁹⁰. Die in Bremen, Düsseldorf und einigen wenigen anderen Städten zur Unterstützung in die Wege geleiteten Putschunternehmungen waren spontane Vorstöße örtlicher Parteiführungen, die den Berliner Aufstand für ernsthafter hielten, als er tatsächlich war.

Eine weitere Überlegung, die gegen die Behauptungen von der spartakistischen Leitung der gesamten Bewegung ins Feld geführt werden muß, liegt in der Tatsache begründet, daß – wie im Reich, so im Ruhrgebiet – die politisch und organi-

⁸⁷ Über die katastrophale Schwäche der KPD bei ihrer Gründung vgl. Flechtheim, S. 47. S. auch die Debatte auf dem 3. Parteitag der KPD im Februar 1920, Bericht, S. 46/7, Organisation und Führung der Partei vor allem im Westen unzureichend; S. 41, der Rote Soldatenbund, eine „Organisation, die sich gegen unseren Willen militärische Aufgaben stellte“. Dies sei „aufs Äußerste schädlich“. „Soweit es uns möglich war, haben wir diese Organisationen zerschlagen“; S. 16/7 Brandler: „Wir haben überhaupt noch keine Partei . . .“

⁸⁸ Rosenberg, Geschichte der Deutschen Republik, S. 76, über die KPD im Frühjahr 1919: „Die Autorität der Zentrale bei den Mitgliedern war gering. An den örtlichen Aktionen und putschistischen Versuchen radikaler Arbeitergruppen war die Zentrale der KPD nicht beteiligt.“ Wer die Politik und Persönlichkeit Paul Levys, des damaligen Kopfes der Zentrale, einigermaßen kennt, wird dieses Urteil nur bestätigen können; vgl. auch sein Referat auf dem 2. Parteitag im Oktober 1919, Bericht, S. 6 ff.

⁸⁹ Vgl. Spethmann, S. 142/5. Die völlig unsinnige Behauptung z. B., „Radek war eigens aus Rußland eingetroffen, um die Leitung des Aufstandes zu übernehmen . . .“, charakterisiert den Wert solcher Urteile. Auf dem gleichen politischen Niveau liegen die Spekulationen im Bericht des Untersuchungsausschusses.

⁹⁰ Vgl. Rosenberg, Geschichte der Deutschen Republik, S. 67 ff., 248/50. Grundlegend die ausführliche und sorgfältige Darstellung der Vorgänge bei Müller, S. 15 ff.; über die schwankende Haltung der KPD-Zentrale auch R. Fischer, S. 100 ff. und Ill. Gesch., S. 267 ff., bes. 282 mit der scharfen Stellungnahme Radeks gegen einen Aufstand. Ferner: P. Frölich, Rosa Luxemburg, Hamburg, 1949, S. 333 ff. Hermann Müller, Die Novemberrevolution, Berlin 1928, S. 246 ff.

satorisch führende radikale Arbeiterpartei nicht die KPD, sondern die USPD war⁹¹. Diese war aber, wie wir gesehen haben, weder willens noch imstande, eine Politik des revolutionären Aufstands um jeden Preis zu betreiben. Überdies dominierte in dem wichtigen westfälischen Teil des Reviers gar nicht einmal der kommunistenfreundliche linke Flügel der USPD, sondern eine gemäßigttere mittlere Richtung, die allen putschistischen Abenteuern durchaus abgeneigt war⁹².

5. Eine sehr wichtige und nicht leicht zu beantwortende Frage ist die nach den eigentlichen Triebkräften der Bewegung. Von Beginn bis zum Ende standen ohne Zweifel die Forderungen nach Verbesserung der materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen für die Bergarbeiter im Mittelpunkt ihrer Wünsche. Das Verlangen nach Lohnerhöhungen und – vor allem – Verkürzung der Arbeitszeit hat jederzeit eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Wäre die „Sozialisierung“ bloß als ein allgemeines, nicht weiter konkretisiertes Ziel aufgetreten, könnte man berechtigt sein, sie für ein der Bewegung agitatorisch aufgedrängtes Schlagwort zu halten. Im Gegensatz zu einer solchen Annahme erscheint die Sozialisierung jedoch im Denken der Bewegung als ein durchaus konkreter Vorgang. Sie stellt sich als ein politischer, sozialer und ökonomischer Prozeß dar, in dessen Verlauf die Bergwerke durch die Allgemeinheit und die Arbeiter in Besitz genommen werden und dessen erste Etappe die Errichtung eines Rätessystems und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter ist⁹³. Dieser erste Schritt im Prozeß der Sozialisierung entsprang aber offensichtlich einem unmittelbaren Bedürfnis der Bergarbeiter, welches mehr und anderes umfaßte als nur den Wunsch nach einer Verbesserung der materiellen Lebenslage⁹⁴.

Nirgendwo im Vorkriegsdeutschland hatten die Unternehmer so hartnäckig auf ihrem „Herr-im-Hause“-Standpunkt beharrt wie in der westdeutschen Schwerindustrie; in keinem Industriezweig ist überdies – teils aus traditionellen, teils aus sachlichen Gründen – die innerbetriebliche Hierarchie so straff wie im Bergbau⁹⁵. Der Wunsch, Betriebsleitung und Beamtschaft ihrer fast unbeschränkten Befugnisse zu entkleiden und die Disziplinierung der Arbeiter auf das technisch erforder-

⁹¹ Noch im Juli 1920 erhielt die USPD bei den Reichstagswahlen 4 896 000 Stimmen, die KPD nur 442 000, also weniger als 1/10. Im Ruhrgebiet war das Verhältnis noch ungünstiger. In den Wahlkreisen Westfalen-Süd und Düsseldorf-Ost erhielt die KPD nur 29 000 Stimmen gegenüber 551 000 für die USPD.

⁹² Ein Repräsentant dieser Richtung war der Hagener USPD-Führer Josef Ernst, der 1919 auf der Bielefelder Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter die Opposition dirigierte, Protokoll, S. 360, und später beim Ruhraufstand 1920 als Kopf der Kampfleitung Hagen eine große Rolle spielte, der aber bei der Spaltung der USPD nicht mit zur Vereinigten KPD ging. Auf dem Parteitag der USPD zu Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember ging in den politisch wichtigen Abstimmungen der größere Teil der Delegierten des Bezirks Westfalen nicht mit dem linken Flügel.

⁹³ Vgl. Broschüre Neumerkommission, S. 4/5, 29/30.

⁹⁴ Die feste Überzeugung, daß dies so sei, durchzieht das gesamte Buch von Wilbrandt, bes. deutlich S. 243, 249.

⁹⁵ Vgl. dazu Otto Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung, Tübingen, 1953, bes. 121 ff., und Carl Jantke, Bergmann und Zeche, Tübingen, 1953.

liche Maß zu begrenzen, erwuchs unmittelbar aus diesen Verhältnissen⁹⁶. Die Räte als innerbetriebliche Mitbestimmungs- und Kontrollorgane sollten diesen Wunsch erfüllen helfen. Zugleich mit dem Drang nach innerbetrieblicher Mitbestimmung entwickelte sich, angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Krisis und der hartnäckigen Ablehnung fast aller materiellen Forderungen der Arbeiter durch die Unternehmer, bei den Arbeitern das Bestreben, einen Einblick in das Geschäftsgebaren der Zechen zu bekommen. Diesem Zweck sollten vor allem die zentralen Räteorgane, insbesondere die Neunerkommission, dienen. In diesem Sinne rechtfertigte auch der Essener A.- und S.-Rat sein Vorgehen am 11. Januar und entsprach damit ohne Zweifel einem weit verbreiteten Wunsch⁹⁷.

Darüber hinaus aber vertraten zumindest die sozialistisch beeinflussten Bergarbeiter – und dieser Kreis reichte damals weit über den eigentlichen Stamm der sozialdemokratischen Anhänger hinaus – die Meinung, daß ein derart tiefer Eingriff in die überlieferte Arbeitsverfassung nicht ohne Änderung der allgemeinen politischen und sozialen Verhältnisse möglich und von Dauer sein werde; insbesondere nicht ohne die Ausschaltung der bisherigen Herren der Bergwerke. Diese Veränderungen waren für sie der Inhalt des Begriffs der Sozialisierung. Sozialisierung und Räte-system bildeten infolgedessen in ihrem Bewußtsein eine untrennbare Einheit⁹⁸.

In dieser Tendenz, Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zechen zu erlangen, drückt sich zugleich die Bereitschaft aus, auf Grund der neugewonnenen Einsicht und Verantwortung die eigenen Forderungen zu begrenzen. Zum mindesten die führenden Personen der Bewegung waren bereit, die Lohnbewegung der gesellschaftlich-politischen Aufgabe nachzuordnen⁹⁹. Karski bestimmte in seinem schon erwähnten Vortrag, in scharfer Abgrenzung gegen Privat- und Staatskapi-

⁹⁶ S. oben S. 13 die von den Arbeitern in den ersten spontanen Bewegungen gestellten Forderungen.

⁹⁷ Vgl. die ausführliche Begründung des Essener A. u. S.-Rates, die in Bericht chr. S. 85/4 wiedergegeben ist.

⁹⁸ Diesen Zusammenhang bezeugt sehr eindringlich der christliche Bergarbeiterführer Steger in seinem Referat über die Sozialisierung auf der Generalversammlung seines Verbandes im August 1919, Protokoll, S. 173: „Warum hat gerade in den Kreisen der Bergarbeiter der Gedanke der Sozialisierung so tief Wurzeln gefaßt? . . . Sozialisierung bedeutet bei den Bergarbeitern nur den heißen Wunsch, die heiße Sehnsucht nach einem anderen Wirtschaftssystem, in dem sie ein größeres Mitbestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen haben . . . ein anderes System, in dem sie als Menschen anerkannt werden und in dem sie als Menschen mitzubestimmen haben bei der Gestaltung ihrer Existenzbedingungen . . . diese rechtlose Stellung der Bergarbeiter, sie war ja mit die Ursache, daß nunmehr . . . derartig radikale Forderungen . . . gestellt wurden. Man wollte heraus aus diesem Zwangssystem, . . . aus diesem System der Rechtlosigkeit“. Sperrungen im Original! Ferner: Broschüre Neunerkommission, S. 4/5, es „kam sehr bald die Klarheit darüber, daß der Sozialisierung die Kontrolle der bergbaulichen Betriebe durch die Arbeiter vorhergehen müsse, daß sie die Vorbedingung der Sozialisierung und gleichzeitig ihr wichtigster Bestandteil sei“. Ebenso S. 11/2.

⁹⁹ Die oben geschilderten Bemühungen aller in der Neunerkommission vertretenen Richtungen, die Streiks einzudämmen und eine geordnete Produktion zu sichern, bezeugen es.

talismus, die neue Stellung der Bergarbeiter als die von „Treuändern“ der Gesellschaft, die gemeinsam mit der staatlichen Wirtschaftsleitung die Bergwerke im Interesse der Gesamtheit verwalten sollen¹⁰⁰. Und diese Vorstellung entsprach voll und ganz den Ansichten der Neunerkommission.

Es ist der Bewegung von den verschiedensten Seiten vorgeworfen worden, daß die Bergleute – im Sinne eines primitiven Syndikalismus – die Zechen hätten besetzen, alleine leiten und die Gewinne unter sich aufteilen wollen. Solche Vorstellungen waren unter den einfachen Anhängern sicherlich nicht ganz selten. Aber gerade die Köpfe der Bewegung haben sich davon nicht leiten lassen¹⁰¹. Darüber können auch die – offensichtlich von starken Affekten bestimmten – Beschuldigungen, die vor allem gegen den „Bolschewisten“ Karski gerichtet wurden, nicht hinwegtäuschen¹⁰².

6. Damit sind wir bei der letzten und in gewissem Sinne wichtigsten Frage nach den schöpferischen und konstruktiven Elementen der Bewegung angelangt.

In der Führung der Arbeiter waren die Elemente offenbar vorhanden. Das geht aus den Dokumenten der Bewegung eindeutig hervor. Von besonderem Gewicht sind dabei der nach dem 13. Januar von der Neunerkommission erlassene Aufruf „An die Bevölkerung des Ruhrkohlengebietes“ und die schon mehrfach erwähnte Broschüre der Neunerkommission über die Sozialisierung. Der Aufruf bringt den Sinn der Bewegung mit wenigen einfachen Worten zum Ausdruck: „Der Volkskommissar und seine Beisitzer sollen . . . nicht wie die alten Behörden von oben herab alles anordnen, sondern sie sollen getragen sein von dem Vertrauen der ganzen Arbeiterschaft. Deshalb ist beschlossen worden, das Werk der Sozialisierung auf dem Rätssystem aufzubauen.“ Alle Gewerkschaften und alle Parteien sind sich

¹⁰⁰ A. a. O., S. 15.

¹⁰¹ In der Freien Arbeiterunion Gelsenkirchen haben derartige vereinfachte syndikalistische Vorstellungen später offenbar einen gewissen Einfluß gewonnen, vgl. Gestaldio, Schmollers Jb., Bd. 45, S. 202/3, aber für die Bewegung im Frühjahr 1919 gilt das entschieden nicht. Vgl. das Zeugnis Curschmanns, S. 15 ff. Siehe auch die unmißverständlichen Feststellungen in Broschüre Neunerkommission, S. 4: „Leider aber herrschte noch Verwirrung, wie denn eigentlich die Sozialisierung zu verstehen sei, und das führte hier und da zu tollen Sprüngen. So wenn auf einmal die Kumpels erklärten: Der Pütt gehört uns, und sich die Sache so einfach vorstellten, daß sie nun die geförderte Kohle verkloppen oder noch besser gegen Lebensmittel eintauschen würden. Aber zur Ehre der Arbeiter sei gesagt, daß diese Kindereien, die hier und da von den Syndikalisten propagiert wurden, nur bei verschwindend wenigen Arbeitern Eindruck machten.“

¹⁰² Man vergleiche die abfälligen Behauptungen über Karskis Wirken in: Bericht des Untersuchungsausschusses, S. 5622; Spethmann, S. 251, 266, 386/7; Generalversammlung des Gewerkvereins chr. Bergarb., Protokoll, S. 171 mit dem Inhalt des Karski'schen Vortrags vom 5. März. Von dem, was man ihm unterstellt, findet sich dort das genaue Gegenteil. Karski war übrigens – genau wie seine polnischen Landsleute Rosa Luxemburg, Radek, Jogiches – ein gebildeter erfahrener Politiker, der seit Jahrzehnten in der deutschen Sozialdemokratie gewirkt hatte und die deutschen Verhältnisse von Grund auf kannte. Vgl. Broschüre Neunerkommission, S. 27; Nachruf auf Karski in Sozialistische Politik und Wirtschaft, Jg. 5/1925, Nr. 12, geschrieben von Valeriu Marcu und besonders P. Frölich, Rosa Luxemburg, Hamburg 1949, S. 53, 59/69, 142, 211/2, 219, 244, 268.

darin einig. Was jetzt not tut, sind Selbstdisziplin, Verantwortungsgefühl und zielbewußte Arbeit. Streiks sind von nun an ein „veraltetes Hilfsmittel“. Denn: „Räte-system ist besser als Streik.“

Die Verfasser der Broschüre der Neunerkommission formulieren dieselben Gedanken schärfer und mit einer polemischen Wendung gegen die sozialdemokratischen Führer, von denen sie sich verraten fühlen. Diese denken sich die Sozialisierung als einen Akt, „der von oben her, auf dem bürokratisch-parlamentarischen Wege . . . vorgenommen werden soll. Die aktive Teilnahme der Arbeiter an diesem Werke schien den neugebackenen Exzellenzen ein Scheuel und und ein Greuel¹⁰³.“ Nicht, daß die Arbeiter alles überstürzen wollten, „denn so unwissend sind die Kumpels nicht, daß man ihnen nicht klarmachen könnte, die Sozialisierung sei ein Werk, das nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann“¹⁰⁴. Aber die Arbeiter fordern greifbare Garantien; diese gibt ihnen das Räte-system, durch das die Unternehmer auf den Zechen, im bergbaulichen Verein, im Kohlensyndikat und Kohlenkontor scharf kontrolliert werden sollen.

Die konkreten Vorstellungen über den Aufbau des Räte-systems sind durchaus nüchtern. Der erwähnte Aufruf nimmt für die Räte, durch die „die Mitbestimmung der Arbeiterschaft“ gesichert werden soll, keineswegs übertriebene Rechte in Anspruch. Sie sollen „überwachen“ und „mit der Betriebsleitung zusammen“ die Dinge „regeln“. Die Bestimmungen über die Tätigkeit der Steigerrevier- und Zechenräte, die in den Wochen nach der ersten Essener Konferenz unter lebhafter Mitarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschafter ausgearbeitet wurden, liegen auf dieser Linie¹⁰⁵. Die Revierräte erhalten eine, allerdings völlig gleichberechtigte, Mitbestimmung in Fragen der Arbeitsbedingungen und der Lohnfestsetzung. Dem Zechenrat wird eine Mitbestimmung bei der Festsetzung der Arbeitsordnung, der Verhängung von Strafen, der Entlassung von Arbeitern und der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Reviererrat, Arbeitern und Beamten zugestanden. Außerdem soll er auf Verlangen „Einblick in alle betrieblichen, wirtschaftlichen und kaufmännischen Vorgänge des Werks“ erhalten. Die zentralen Räte schließlich haben die großen Unternehmerorganisationen zu kontrollieren und die Sozialisierung vorzubereiten.

Besonderer Wert wurde auf die Mitarbeit der technischen und kaufmännischen Beamten gelegt. Der erste Aufruf der neugebildeten Neunerkommission galt gerade diesem Problem¹⁰⁶. Um diese „Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter“ ging es auch bei dem Streit um die Wahl der Räte in erster Linie; denn die alten Arbeiterausschüsse schlossen die Beamten von der Arbeitnehmervertretung aus. Die Unternehmer versuchten mit allen Mitteln – bis zur Sperrung der Gehälter –, die Beamten an einer Solidarisierung mit den Arbeitern zu verhindern¹⁰⁷. Die Arbeiter hin-

¹⁰³ A. a. O., S. 6.

¹⁰⁴ A. a. O., S. 11, auch 29.

¹⁰⁵ Broschüre Neunerkommission, S. 9/10, 32 ff.

¹⁰⁶ Spethmann, S. 150.

¹⁰⁷ A. a. O., S. 168 ff.

gegen bemühten sich nach Kräften um fachmännischen Rat. Die Berufung Rubens und Karskis spricht ebenso dafür, wie die bekundete Bereitschaft, mit den Sozialisierungskommissaren der Regierung zusammenzuarbeiten. Der Beschluß der Essener Konferenz vom 20. Januar, der versucht, einen arbeitsfähigen „Zentralkörper für die Sozialisierung“ mit Unterausschüssen und fachmännischen Beiräten zu schaffen, weist in dieselbe Richtung¹⁰⁹.

Angesichts der bisher mitgeteilten Tatsachen ist es schwer verständlich, wenn ein so ernsthafter und wohlwollender Betrachter wie Emil Lederer kaum ein Jahr nach der Bewegung schreibt, daß es sich bei diesen „wildem Sozialisierungen“ um „revolteartige Unruhen“ gehandelt habe, die ohne Plan und ohne die Möglichkeit, eine mitreißende politische Bewegung auszulösen, gewesen seien¹⁰⁹. Es scheint, daß Lederer hier aus der Ferne, als nicht unmittelbar Beteiligter, Ursache und Wirkung verwechselt hat. Die Bewegung gelangte nicht zur positiven Gestaltung, weil sie ohne Unterstützung blieb und sich nicht entfalten konnte; sie blieb nicht – umgekehrt – isoliert, weil sie keine fruchtbaren Möglichkeiten enthalten hätte¹¹⁰.

Übrigens trifft Lederers hartes Urteil nicht einmal auf die tatsächlich zum Teil unter revolteartigen Umständen durchgeführten „wildem Sozialisierungen“ durchweg zu. Auf einer Reihe von Zechen hatten die Arbeiter die Entfernung eines oder mehrerer der oberen Beamten erzwungen. Das geschah aber keineswegs immer völlig wahllos. In mehreren Fällen wurde die Entscheidung, wenn offenbar unsachgemäß gefällt, wieder korrigiert. So geschah es z. B. auf der Zeche Werne, worüber der A.- u. S.-Rat Werne sehr sachlich und mit scharfer Abgrenzung gegenüber „spartakistischen Umtrieben“ an den Zentralrat der Deutschen Republik berichtet¹¹¹. Auf der Zeche Viktoria-Lünen führte ein offenbar recht befähigter Steiger Schürken mit Hilfe eines Teils der Beamten die Förderung nach Entfernung der Zechenleitung selbständig weiter, und zwar anscheinend nicht ohne Erfolg¹¹².

¹⁰⁹ Text in Bericht chr. S. 86; Broschüre Neunerkommission, S. 7.

¹⁰⁹ Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., Bd. 47, S. 219 ff., 252, Anm. Dieses Urteil ist um so erstaunlicher, als Lederer sonst die Rätebewegung und die von ihm so genannte „produktivgenossenschaftliche Strömung“ in der Arbeiterschaft mit Sympathien betrachtet. Z. B. S. 260.

¹¹⁰ Vgl. Broschüre Neunerkommission, S. 7/8, die beweglichen und glaubhaften Klagen über die Verhältnisse, welche die Mitglieder der Kommission daran hinderten, mehr für ihre eigentliche Aufgabe: Vorbereitung der Sozialisierung, zu tun. Sehr viel positiver urteilt übrigens Wilbrandt, a. a. O., S. 249 ff., der die Essener Arbeit selber zu studieren Gelegenheit hatte.

¹¹¹ Archiv des Zentralrats, B-22, Bd. I, Schriftwechsel vom 11. bis 20. 1. 19, Int. Inst. f. Sozialgeschichte Amsterdam. Vgl. auch Spethmann, S. 171.

¹¹² Wilbrandt, der Gelegenheit hatte, die Zeche selbst zu besuchen und sich mit den Arbeitern zu unterhalten, berichtet – ungeachtet seiner Ablehnung solcher wildem Sozialisierungen als wirtschaftlich unsinnig und betriebstechnisch bedenklich – doch, daß nach der Absetzung der Zechenleitung die Förderung erheblich gestiegen, die Feierschichten zurückgegangen seien und die Arbeiter die größten Anstrengungen gemacht hätten, um zu beweisen, daß sie auch ohne Direktor auskommen könnten, a. a. O., S. 241, 259, 260. Spethmann, der bei den ähnlich gelagerten Fällen zweier Nachbarzechen mit Behagen berichtet, daß der Betrieb dort ins Stocken geraten und die Leistung zurückgegangen sei, meldet von Viktoria-Lünen – trotz polemischer Schärfe – nichts dergleichen, a. a. O., S. 168 ff.

Alle diese Vorgänge sind leider durch die zeitgenössische und auch die nachfolgende politische Polemik verdunkelt. Wenn z. B. nachträglich gegen die Arbeit der Neunerkommission von den Gewerkschaftsverbänden die schwersten sachlichen Vorwürfe erhoben wurden, so können diese kaum ohne weiteres übernommen werden. Haben doch, wie wir sahen, die gemäßigten Kräfte bis Mitte Februar aktiv und gleichberechtigt mitgearbeitet. Ähnliche Vorbehalte sind auch bei den Angriffen auf einzelne Führer der Bewegung angebracht¹¹³.

Daß die Arbeiter, aufs Ganze gesehen, bereit und in der Lage waren, zu lernen und sich zu korrigieren, geht z. B. aus der Tatsache hervor, daß bei der Neuwahl der Neunerkommission im April einige in der Öffentlichkeit scharf kritisierte Vertreter nicht wieder auftauchten, während befähigte und im Bergbau erfahrene Männer neu gewählt wurden, so z. B. der genannte Steiger Schürken und der früher erwähnte Gewerkschaftsbeamte Teuber¹¹⁴.

VI

Vor dem Versuch, ein abschließendes Urteil über die Bedeutung der Sozialisierungsbewegung und die Folgen ihres Scheiterns zu formulieren, müssen noch einige Momente kurz erörtert werden, die die ablehnende Haltung der Gewerkschaften, der Mehrheitssozialdemokratie und der Reichsregierung gegenüber der Bewegung, teilweise gegenüber der Sozialisierung des Bergbaus schlechthin, bestimmt haben.

Eines dieser Momente war die Sorge um die nach Kriegsende rasch absinkende Kohlenförderung. Sie war in der Tat berechtigt, denn von der Energieerzeugung hing die gesamte Wirtschaft ab. Die Behauptung der meisten Beurteiler, daß mangelnder Arbeitswille der Bergleute oder radikale politische Treibereien die Hauptursachen der Schwierigkeiten gewesen seien, ist jedoch höchst einseitig¹¹⁵. Das Sinken der Förderung hatte bereits während des Krieges eingesetzt und war eine Folge des Raubbaus, des Mangels an geschulten Arbeitskräften, der Überbeanspruchung der Bergleute und der schlechten Ernährung. Nach Kriegsende trat eine schockartige Ermattung der Arbeiter, verbunden mit einer Aufweichung der Arbeitsmoral, als Reaktion auf die jahrelange Überforderung hinzu. Im übrigen war der Rückgang der Kohlenförderung nach dem Kriege eine allgemein europäische

¹¹³ So polemisierte auf der Bielefelder Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter der Zechenrat Grundmann, Lünen, auf das heftigste gegen seinen alten Kollegen Schürken, Protokoll, S. 241, ganz offensichtlich aber, um vergessen zu machen, daß er selber noch während des Februar-Generalstreiks ein treuer Bundesgenosse Schürkens war, wie wir aus dem, III. Gesch., S. 326, wiedergegebenen Dokument eindeutig ersehen.

¹¹⁴ III. Gesch., S. 317, 329; Müller, S. 137. Wurde der alten Neunerkommission von ihren Gegnern vorgeworfen, daß ihr kaum Bergleute angehört hätten, Spethmann, S. 266, Ber. chr., S. 309 ff., so bestand der neugewählte Zentralzechenrat aus 5 Bergleuten, 3 technischen und kaufmännischen Grubenbeamten und einem Handwerker, Teuber, Nr. 39.

¹¹⁵ Lederer, Arch. f. Soz. Wiss. u. Soz. Pol., Bd. 47, S. 232, Anm. 37, meint, daß „in maßloser Weise die Bedeutung der Streiks überschätzt“ werde. Hauptproblem sei die Steigerung der Arbeitsintensität, diese lasse sich aber nicht durch übertreibende Darstellung der Streikfolgen erreichen.

Erscheinung¹¹⁶. Eine Politik, die in verständiger Weise auf die Wünsche der Arbeiter eingegangen und der Räte- und Sozialisierungsbewegung entgegen gekommen wäre, hätte aller Wahrscheinlichkeit nach bei der Belebung der Produktion und des Arbeitswillens keinen geringeren Erfolg gehabt, als die tatsächlich geführte Politik des Kampfes und der halben, unwillig gemachten Zugeständnisse.

Ein weiteres Moment war die äußere Form der Bergarbeiterbewegung, die den auf ruhige Entwicklung und geordnetes, wohlorganisiertes Vorgehen bedachten Gewerkschafts- und Parteiführern im Innersten zuwider sein mußte. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter war drückend, ihre Erbitterung über die bisherige Haltung der Zechenleitungen nicht ohne Grund, die Revolution hatte große Massen bisher wirtschaftsfriedlicher, „gelber“, oder aber völlig uninteressierter Arbeiter in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hineingetrieben und aktiviert, der Krieg schließlich hatte die Menschen ganz allgemein abgestumpft und verroht. Aus diesen Voraussetzungen erklärt es sich, daß die vielen Arbeitskämpfe nicht selten einen gewaltsamen Charakter annahmen, manche unerfüllbaren Forderungen gestellt wurden und radikale Agitatoren von teilweise zweifelhafter Qualität offene Ohren fanden; ganz zu schweigen von den in allen revolutionären Zeiten an die Oberfläche gespülten asozialen und kriminellen Elementen.

Hinzu traten die im Laufe der militärischen Kämpfe begangenen Gewalttaten. Sie sollen allerdings aus dem Kreis unserer Betrachtung gänzlich ausscheiden. Die Gestalt des Bürgerkrieges ist ein Gegenstand für sich. Zwar hat die Greuelpropaganda im Kampf gegen die Arbeiter eine erhebliche Rolle gespielt, und es haben tatsächliche Ereignisse dieser Propaganda immer wieder Nahrung gegeben. Diese Vorfälle entsprangen jedoch dem besonderen Charakter des Bürgerkampfes und nicht – wie Noske es formuliert hatte – der „Grausamkeit und Bestialität der . . . kämpfenden Spartakisten“¹¹⁷.

Diese – unvermeidlichen und erklärlichen – Erscheinungsformen der Bergarbeiterbewegung waren indessen nicht wesentlich. Weitblickende Politiker und wirkliche Massenführer hätten sich durch sie nicht abschrecken lassen dürfen. Die große Mehrheit der Arbeiter, auch der revolutionär gesonnenen, hat die ihr im November 1918 in den Schoß gefallene Macht im Grunde höchst bescheiden angewendet und in den vier Wochen, in denen die Neunerkommission halbwegs unangefochten amtieren konnte, bewiesen, wie verantwortungsbewußt und diszipliniert sie unter einer anerkannten Führung zu handeln vermochte.

Eine solche Führung freilich hat der ganzen Bewegung eigentlich gefehlt. Wir haben gesehen, daß die vorwärtsdrängenden revolutionären Organisationen (USPD, Spartakusbund, Syndikalisten) schlecht organisiert, in sich und unter sich uneins oder gar zu einer planmäßigen politischen Aktion grundsätzlich unfähig waren. Die überkommenen, erprobten Organisationen aber (Gewerkschaften, Sozialdemokratie)

¹¹⁶ 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, S. 100/1.

¹¹⁷ Aus dem sogenannten „Schießerlaß“ Noskes vom 9. März 1919, R. Müller, Bürgerkrieg, S. 177.

versagten sich der Bewegung; denn die zeitweilige Beteiligung an der Arbeit der Neuerkommission war nur scheinbar und entsprang vorwiegend taktischen Erwägungen. Beide Tatsachen, die Schwäche der neuen und das Versagen der alten Organisationen, ergänzen und bedingen einander.

Jahrzehntelang, von den ersten Anfängen der organisierten Arbeiterbewegung an, hatte die Arbeiterschaft alle ihre Kräfte in den Gewerkschaften und der alten Sozialdemokratie zusammengefaßt, hatte sie ihr Vertrauen in den „Verband“, in die „Partei“ gesetzt und die mutigsten, klügsten und geschultesten Kollegen in die Führerstellen dieser Organisationen entsandt. Und diese Führerschaft hatte sich in zwei Riesenstreiks (1905 und 1912) und im täglichen Kleinkrieg gegen Grubenbesitzer, Staat und bürgerliche Parteien bewährt. Daß sie trotzdem den Aufgaben einer revolutionären Veränderung der Gesellschaftsordnung weder geistig noch organisatorisch gewachsen war, stellte sich erst während des Krieges und der Revolution, mit allerdings überraschender Deutlichkeit heraus und führte zu einer schweren Vertrauenskrise¹¹⁸. Die Bewegung der Arbeiter geriet in Gegensatz zu den alten Organisationen.

Da aber fast alles, was die Arbeiterschaft bisher an Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten hervorgebracht hatte, in jene alten Organisationen eingebracht worden war, blieben die neuen Organisationen mit Notwendigkeit schwach. Revolutionäre Leidenschaft konnte nicht langjährige Erfahrung, Instinkt nicht systematisch erworbene Kenntnisse, guter Wille nicht die in erprobter Auslese entwickelte Führungsfähigkeit ersetzen. Auch – oder besser, gerade – Selbstverwaltung und Selbstregierung wollen gelernt sein, bedürfen einer Tradition und einer geschulten Führer- und Unterführerschicht. Diese Schicht fehlte der Sozialisierungsbewegung besonders unter der Bergarbeiterschaft¹¹⁹.

Die alten Führer standen der Bewegung feindlich, verständnislos oder bestenfalls mißtrauisch abwartend gegenüber. Und je mehr die revoltierenden Arbeiter daraufhin sich neue, unerprobte, zum Teil rasch versagende Führer suchten, desto mehr fühlten sich die alten in ihrer Ablehnung bestärkt. Es war ein unheilvoller Kreislauf ohne Ausweg. Um so beachtenswerter ist die trotzdem an den Tag gelegte Reife und schöpferische Kraft. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welchen Gang die Dinge hätten nehmen können, wenn so hoch befähigte Männer wie Otto Hué und seine Freunde sich nicht bloß hätten „mitschleifen“ lassen, sondern entschlossen und zielbewußt an die Spitze der Arbeiterschaft getreten wären. Sie haben es

¹¹⁸ Einige feine Beobachtungen darüber finden sich bei Teuber, a. a. O., Nr. 39.

¹¹⁹ Es ist sehr aufschlußreich, gerade daraufhin die Entwicklung des Alten Verbandes im Jahre 1919 zu betrachten. Die Beamten, also die Auslese der Arbeiterschaft, standen geschlossen auf der Seite der alten Führer. Die wenigen Opponenten, wie z. B. Teuber, hatte man rechtzeitig hinausgedrängt. Die starke Opposition auf der Bielefelder Generalversammlung wurde auf Schritt und Tritt durch ihre formale Unterlegenheit behindert. Im Deutschen Metallarbeiterverband hingegen, wo die Opposition von einer breiten Schicht erfahrener Funktionäre getragen wurde, gelang es ihr, auf dem Stuttgarter Verbandstag im Oktober 1919 die Führung des Verbandes zu erobern. S. Protokoll, Stuttgart, 1919.

nicht getan, und sie besaßen noch genügend Ansehen im Revier, um zu verhindern, daß die Bewegung gegen sie zum Siege gelangte¹²⁰.

Das zuletzt erörterte Problem hat im Grunde bereits zu der am Anfang dieser Studie stehenden Frage nach dem Charakter der Regierungspolitik in der Revolution von 1918/19 zurückgeführt. Unsere Darstellung hat die Antwort praktisch vorweggenommen. Wir können sie kurz zusammenfassen: Die Politik der Unterdrückung der Bergarbeiterbewegung war in der Sache nicht zwingend begründet, und die Folgen dieser Politik für die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Demokratie in Deutschland (die wir zu Beginn dieser Studie umrissen haben) müssen den Urhebern zugerechnet werden. Unsere Schilderung umfaßte freilich nur einen kleinen Ausschnitt der sozialen Bewegungen des Jahres 1919, aber wohl keinen untypischen und ganz gewiß keinen unwichtigen. Aus diesem Grunde ist es auch möglich, selbstverständlich mit aller gebotenen Vorsicht, das Urteil über die sozialdemokratische Haltung gegenüber der Bergarbeiterbewegung auf die Gesamtpolitik der Volksbeauftragten und der ersten Reichsregierung auszudehnen.

Eine konstruktive Sozialisierungspolitik und eine sinnvolle Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Rätebewegung wäre im Frühjahr 1919 durchaus möglich gewesen. Die Einigungsbestrebungen bei SPD und USPD waren gerade nach der Katastrophe des Januarputsches stark und ehrlich¹²¹. Zum mindesten eine abermalige Koalition und eine feste Aktionsgemeinschaft der beiden Parteien hätte auf der Grundlage einer neuen Politik – von der die Sozialisierung einen wesentlichen Bestandteil bilden würde – zustande kommen können. Der Aufbau der Freikorps z. B. wäre überflüssig geworden. Das Blut der Kämpfe von Februar bis Mai hätte nicht zu fließen brauchen. Der radikalen Linken hätten sich in ihrer Opposition nicht so wohlfeile Zielpunkte geboten, sie wäre schwächer geblieben und hätte sich zugleich mäßigen müssen¹²². Die Aktionen der hoffnungslos ver-

¹²⁰ Ein Vergleich des schon mehrfach erwähnten Referats von Karski über die Sozialisierung mit der Schrift Hués über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Berlin, 1921, zeigt freilich die innewohnenden Grenzen im Denken sogar dieses menschlich sympathischen und politisch bedeutenden Mannes. Hués liefert eine scharfe und überzeugende Polemik gegen den sozialisierungsfeindlichen Unternehmerstandpunkt. Aber im Positiven ist ihm „die Sozialisierungsforderung . . . in erster Linie eine staatspolitische Angelegenheit“. (Sperrung im Original!) S. 20. Sogar der christliche Bergarbeiterführer Steger, vgl. oben Anm. Nr. 97, hat eine klarere Vorstellung von den eigentlichen Triebkräften der Sozialisierungsbewegung. Es ist allerdings eine Tatsache, daß in der Revolution 1918/19 nicht selten bürgerliche Beobachter ein tieferes Verständnis für Räteidee und Rätebewegung gezeigt haben als Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter. S. R. Wilbrandt.

¹²¹ Interessante Einzelheiten über die stattgefundenen Einigungsverhandlungen im Januar und im März 1919 finden sich in den Protokollen des Zentralrats der Deutschen Republik.

¹²² Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß der linke Flügel der USPD, hätte er eine Politik, wie die oben skizzierte, zum Anlaß einer Spaltung genommen, nicht im entferntesten so stark geblieben wäre wie bei der späteren tatsächlichen Spaltung 1920. Die Erschütterung des revolutionären Überoptimismus, dem die radikale Linke im November/Dezember 1918 gehuldigt hatte, war im Januar/Februar 1919 sehr nachhaltig. Dafür liefern die Protokolle des

rannten Utopisten niederzuhalten aber wäre – wie Rosenberg sehr richtig bemerkt – nur mehr eine polizeiliche Aufgabe gewesen¹²³. Daß eine solche Politik die Demokratie besser hätte sichern können, als es wirklich geschehen ist, liegt auf der Hand.

Die Führer der Sozialdemokratie – und ihnen fällt die Hauptverantwortung zu – sind diesen Weg nicht gegangen. Es wäre eine Aufgabe für sich, festzustellen, in welchem Umfang ihre Entscheidung in begründeter Weise durch die tatsächlich überwältigenden Schwierigkeiten der innen- und außenpolitischen Lage bestimmt worden ist und in welchem Maße durch konstruktive Beschränktheit der Einsicht oder persönliches Versagen¹²⁴. Ebert und seine Freunde haben ohne Zweifel ehrlich versucht, der Demokratie zu dienen und gleichzeitig – getreu ihren Traditionen – das Wohl der Arbeiterklasse zu fördern. Aber die Arbeiter haben es ihnen nicht gedankt; sie haben sich vielmehr in Massen von ihnen abgewandt. Und nicht zuletzt dadurch ist auch das Hauptziel der sozialdemokratischen Politik im Jahre 1918/19, die Sicherung der Demokratie, nicht erreicht worden.

Zentralrats z. B. für die Berliner revolutionären Betriebsobleute überraschende Zeugnisse. Auch Männer wie Brass, Stoecker und Koenen, die 1920 mit fliegenden Fahnen zur 3. Internationale übergangen, waren im Frühjahr 1919 durchaus bereit, sich auf Zwischenlösungen einzulassen. Sogar der unbeugsame Theoretiker der Revolution und des „reinen“ Rätessystems, Ernst Däumig, hat im Februar 1919 geschwankt und die von ihm sonst so verachtete Kompromißformel des USPD-Vorsitzenden Haase: Nicht Rätessystem oder Nationalversammlung, sondern Rätessystem und Nationalversammlung, für einen Augenblick als taktische Rückzugslinie erwogen. Vgl. *Der Arbeiter-Rat*, Jg. 1/Nr. 2/S. 17. Haase: Protokoll des ao. Parteitagess der USPD im März 1919, Berlin, 1919, S. 76 ff., bes. 86 ff., 257 ff.

¹²³ Geschichte der Deutschen Republik, S. 30.

¹²⁴ Rosenberg, a.a.O., S. 37, meint: „Was sich in der deutschen Revolution rächte, war die unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Wenn man überhaupt einen einzelnen Schuldigen suchen will, dann hätte es viel mehr Berechtigung, August Bebel zu nennen, als Ebert und Scheidemann.“ Wir können hinzufügen: Neben Bebel auch noch die ganze alte Generation der Gewerkschaftsführer.